Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7676

14. 08. 90

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Tagung der Versammlung vom 5. bis 8. Juni 1990

Während des ersten Teils ihrer 36. ordentlichen Sitzungsperiode erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Bericht des Präsidialausschusses der Versammlung

Politische Fragen

— Die Westeuropäische Union im Atlantischen Bündnis *(Empfehlung 480 — S. 14)*

Hierzu sprachen die Abg. Reddemann (S. 7), Dr. Müller (S. 9), Antretter (S. 10), Prof. Dr. Soell (S. 11) und Dr. Ahrens (S. 13)

— Ansprache von Außenminister Marc Eyskens (Belgien)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 8) und Dr. Klejdzinski (S. 8)

— Ansprache von Außenminister Geza Jeszenszky (Ungarn)

Verteidigungsfragen

— Wien, die Abrüstung und die Westeuropäische Union *(Empfehlung 481 — S. 18)*

Hierzu sprach Abg. Dr. Feldmann (S. 16)

— Die Zukunft des Tiefflugs *(Empfehlung 485 — S. 30)*

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Klejdzinski (S. 26), Steiner (S. 28) und Zierer (S. 27)

— Ansprache von Verteidigungsminister Coëme (Belgien)

Hierzu sprach Abg. Prof. Dr. Soell (S. 18)

— Ansprache des Staatssekretärs für Verteidigung, Atwood (USA)

Hierzu sprachen die Abg. Prof. Dr. Soell (S. 22) und Zierer (S. 23)

Wissenschaft und Technik

— Die unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) und die Westeuropäische Union *(Empfehlung 483 — S. 24)*

Hierzu sprach Abg. Dr. Klejdzinski (S. 23)

— Beobachtungssatelliten — eine europäische Möglichkeit zur Verifikation der Abrüstung — Richtlinien des Symposiums *(Empfehlung 482 — S. 22)*

Hierzu sprachen die Abg. Lenzer (S. 19) und Dr. Klejdzinski (S. 21)

— Entwicklung im Führungs-, Kontroll-, Kommunikations- und Aufklärungsbereich (C^3I) *(Empfehlung 486 — S. 31)*

Haushaltsfragen

— Stellungnahme zu den Haushalten der Ministerorgane der Westeuropäischen Union für das Haushaltsjahr 1989 (revidiert) und 1990 *(Empfehlung 487 — S. 31)*

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

— Die WEU, die Forschungseinrichtungen und die Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich mit Fragen der europäischen Sicherheit und Verteidigung befassen *(Empfehlung 484 — S. 25, Richtlinie 76 — S. 25)*

— Die neue Rolle der nationalen Delegationen im Rahmen der Aktivitäten der Versammlung der WEU *(Entschließung 82 — S. 26)*

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden und Fragen der Mitglieder der Delegation der Bundesrepublik Deutschland sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt, die Antworten zusammengefaßt wiedergegeben.

Die Versammlung wählte zu ihrem neuen Präsidenten den französischen Senator Pontillon.

In seinem Amt als deutscher Vizepräsident wurde Abg. Prof. Dr. Soell bestätigt; Abg. Dr. Ahrens wurde als Vorsitzender des Politischen Ausschusses, Abg. Dr. Klejdzinski als Vorsitzender des

Haushaltsausschusses und Abg. Frau Fischer als stellvertretende Vorsitzende des Parlamentsausschusses wiedergewählt.

Den Bericht des Rates der WEU trug der amtierende Vorsitzende, der belgische Außenminister Marc Eyskens vor.

Zu der Versammlung sprachen weiterhin der Generalsekretär der WEU Willem van Eekelen, der belgische Verteidigungsminister Guy Coëme, der ungarische Außenminister Geza Jeszenszky und der Staatssekretär für Verteidigung der USA, Donald J. Atwood.

An der Tagung nahmen parlamentarische Beobachter aus der DDR, Dänemark, Griechenland, Jugoslawien, Norwegen, Polen, der Türkei und Ungarn teil.

Schwerpunkte der Beratungen

Im Mittelpunkt der Beratungen der Versammlung, an denen erstmalig Delegationen der neuen Mitglieder Spanien und Portugal teilnahmen, standen die Bewertung der neuen Sicherheitslage in Europa und Auswirkungen auf die WEU und das Atlantische Bündnis.

Der neu gewählte **Präsident der Versammlung, Senator Robert Pontillon,** betonte in seiner Ansprache, daß die WEU ihre Stellung als europäischer Pfeiler in der Atlantischen Allianz ausbauen und dazu beitragen müsse, die Strukturen der NATO den neuen sicherheitspolitischen Realitäten anzupassen. Das Bündnis müsse eine stärkere politische Ausrichtung erfahren und sich insbesondere Fragen der Abrüstung und Entspannung widmen. Zwischen den Mitgliedstaaten der WEU sei eine engere Zusammenarbeit bei sicherheitspolitischen Fragen anzustreben mit dem Ziel, eine europäische Union auch auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik herzustellen. Die WEU sei aufgerufen, den Demokratieprozeß in den Staaten Mittel- und Osteuropas zu unterstützen und sich an den Plänen zur Errichtung einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung aktiv zu beteiligen. Eingehend auf den militärischen Status eines vereinten Deutschlands unterstrich Präsident Pontillon die Notwendigkeit der Mitgliedschaft Deutschlands in NATO und WEU. Dies könne dazu beitragen, den Befürchtungen einer in der Zukunft verstärkt nationalen Politik Deutschlands entgegenzuwirken.

In der Diskussion über den Bericht des Politischen Ausschusses betr. **die WEU im Atlantischen Bündnis** wies Berichterstatter Finsberg (Großbritannien) daraufhin, daß die WEU ihre Stellung als europäischer Pfeiler innerhalb des Atlantischen Bündnisses ausbauen und aktiv mitwirken müsse, die Strukturen der NATO der gewandelten sicherheitspolitischen Lage in Europa anzupassen. Die NATO werde auch in Zukunft der wichtigste Garant für die Sicherheit in Europa sein. In der sich anschließenden Debatte sprachen sich die Delegierten für eine enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union bei der Errichtung einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung in Europa aus. Während einerseits die Möglichkeit in Erwägung gezogen wurde, die WEU als gesamteuropäisches Sicherheitsforum auszubauen, wurde an-

dererseits der Vorschlag diskutiert, den KSZE-Prozeß zu institutionalisieren. Einigkeit bestand über eine Einbindung der USA in gesamteuropäische Strukturen. Zu der Frage der Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands sprach sich die Versammlung mit großer Mehrheit gegen eine Neutralität und für den Verbleib Deutschlands in der NATO aus. Als problematisch wurde die Frage angesehen, inwieweit die DDR nach ihrem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland automatisch Mitglied in NATO und WEU werde. Es bestand Einigkeit, daß für eine Übergangszeit Lösungen unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der beteiligten Parteien gefunden werden müßten. Das vereinte Deutschland müsse die bestehenden Grenzen zu seinen Nachbarn endgültig anerkennen. In einer einstimmig angenommenen Empfehlung fordert die Versammlung den Rat auf, die Rolle der WEU als europäischen Pfeiler des Bündnisses zu bekräftigen und eine aktive Beteiligung der WEU an den Anstrengungen zur Errichtung einer neuen Friedensordnung in Europa sicherzustellen.

Mit Fragen der Abrüstung und der Verifikation beschäftigte sich der Bericht des Verteidigungsausschusses, vorgelegt von Abg. Lord Newall (Großbritannien), über **„Wien, die Abrüstung und die WEU"**. Es bestand Einigkeit, daß der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen sowohl über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) als auch über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa (VSBM) eine grundlegende Voraussetzung für Stabilität und Sicherheit in Europa sei. Die Rüstungskontrollverhandlungen müßten unmittelbar nach Unterzeichnung eines ersten KSE-Vertrages fortgesetzt werden. Die Delegierten sahen die dringende Notwendigkeit, die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich zu erweitern, vor allem im Hinblick auf die Verifikation der Abrüstungsvereinbarungen. In einer einstimmig angenommenen Empfehlung wird der Rat aufgefordert, unter der Schirmherrschaft der WEU die erforderlichen Maßnahmen für die Errichtung eines europäischen Verifikationszentrums zu ergreifen und alle Staaten in Ost und West, sofern sie die erforderlichen Bedingungen erfüllen, aufzufordern, sich daran zu beteiligen.

Anläßlich der Debatte über den Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt zu dem Thema **„Beobachtungssatelliten — eine europäische Möglichkeit zur Verifikation der Abrüstung"**, vorgelegt von Abg. Lenzer, forderte die Versammlung die Entwicklung eines eigenständigen europäischen Beobachtungssatelliten. Hierdurch könne die WEU ihrer Verantwortung in einer sich verändernden Sicherheitslage entsprechen und gleichzeitig als gleichberechtigter Partner das Bündnis stärken.

Die Zukunft des Tieffluges war Thema eines Berichtes des Verteidigungsausschusses, vorgelegt von Abg. Dr. Klejdzinski. Ausgehend von der neuen sicherheitspolitischen Lage in Europa wurde die Frage nach der Akzeptanz von Lärmbelästigung durch Tiefflüge in der Bevölkerung diskutiert. Während von Delegierten einerseits der völlige Verzicht auf Tiefflüge über bewohnten Gebieten gefordert wurde, sah die Mehrheit der Redner die Notwen-

digkeit von Tiefflügen zu Übungszwecken; es müsse jedoch eine Reduzierung auf ein unverzichtbares Minimum erfolgen. In einer einheitlich angenommenen Empfehlung an den Rat setzt sich die Versammlung u. a. dafür ein, daß Tiefflüge über bewohnten Gebieten in Friedenszeiten nur in einer Höhe von mindestens 300 Metern erfolgen dürfen. Tiefflüge zwischen 22.00 Uhr abends und 8.00 Uhr morgens und an Sonn- und Feiertagen sollten generell verboten werden.

Auch die Regierungsvertreter stellten in ihren Ansprachen die sich gewandelte Sicherheitslage in Europa in den Mittelpunkt.

Im Hinblick auf Vorschläge für neue gesamteuropäische Strukturen warnte **Generalsekretär Willem van Eekelen** vor übereilten Schritten. Das Atlantische Bündnis handele voreilig, wenn es eine pan-europäische Architektur unterstütze, bevor es die Auswirkungen der Ereignisse in Mittel- und Osteuropa kenne. Von großer Wichtigkeit sei der erfolgreiche Abschluß der KSE-Verhandlungen. Die Sowjetunion verfüge trotz der angekündigten einseitigen Truppenabzüge über ein eindeutiges militärisches Übergewicht auf konventionellem Gebiet. Bis zum Abbau dieses Ungleichgewichts müsse die NATO an ihrer Doktrin der nuklearen Abschrekkung festhalten. Aufgabe der WEU sei es, die europäische Zusammenarbeit insbesondere im Rüstungs- und Verifikationsbereich zu fördern. Zu unterstützen sei der Vorschlag der Bildung multinationaler Einheiten. Dies könnte das Problem der Stationierung von NATO-Truppen in einem vereinten Deutschland lösen.

Der **amtierende Ratspräsident** und Außenminister von Belgien, **Marc Eyskens,** betonte die wichtige Rolle der WEU bei der Schaffung eines europäischen Sicherheitsbewußtseins. Die WEU müsse dem europäischen Integrationsprozeß eine sicherheitspolitische Dimension geben. Diese Aufgabe könne die WEU jedoch nur innerhalb des Atlantischen Bündnisses und mit dessen Unterstützung bewältigen. Die Definition neuer gesamteuropäischer Strukturen hänge von dem Abschluß eines Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa ab. Auch müsse eine Lösung für die Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands gefunden werden. Es sei wünschenswert, daß ein vereintes Deutschland Mitglied in NATO und WEU bleibe.

In seiner Ansprache forderte der **belgische Verteidigungsminister Guy Coëme,** die Strukturen der NATO den neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten in Europa anzupassen und die Stellung des europäischen Pfeilers in der NATO zu stärken. Das Ziel, eine eigenständige Sicherheitspolitik zu schaffen, setze die verstärkte Integration der Sicherheitspolitik auf EG-Ebene unter Beibehaltung der Solidarität mit den nordamerikanischen Verbündeten voraus.

Mit viel Beifall wurde die Rede des **ungarischen Außenministers Gesa Jeszenszky,** der den Wunsch seines Landes auf Erteilung eines besonderen Gaststatus in der Versammlung der WEU überbrachte, bedacht. Außenminister Jeszenszky führte aus, daß Ungarn Gespräche mit dem Ziel des Austritts aus dem Warschauer Pakt führe. Es sei vereinbart, daß die sowjetischen Truppen Un-

garn bis 1991 verließen. Ziel zukünftiger ungarischer Außenpolitik sei es, mit der Sowjetunion und seinen Nachbarn gut-nachbarliche Beziehungen auf gleichberechtigter Basis herzustellen. Ungarn wolle zu der Errichtung einer neuen Ordnung für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen, die traditionellen Beziehungen zu Europa wiederaufnehmen und den westeuropäischen Organisationen, welche das Ziel einer politischen Integration verfolgten, beitreten. Es sei wichtig, die verschiedenen Sprachen, Religionen und Kulturen in Europa zu erhalten und Toleranz gegenüber Minderheiten zu üben.

Mit **Staatssekretär Donald J. Atwood** sprach zum ersten Mal ein Vertreter der US-Regierung zu der WEU-Versammlung. In seiner mit großem Interesse aufgenommenen Rede betonte Staatssekretär Atwood, daß WEU und NATO einen Faktor der Sicherheit und Stabilität in Europa darstellten. Eingehend auf die neue Sicherheitslage in Europa wies Staatssekretär Atwood auf das immer noch bestehende militärische Übergewicht der Sowjetunion insbesondere bei konventionellen Waffen hin. Erst nach Abschluß eines KSE-Abkommens werde sich die USA für eine Überprüfung und Anpassung der NATO-Strategien aussprechen und angemessene Kürzungen in seinem Verteidigungshaushalt vornehmen. Auch müsse abgewartet werden, ob sich die positive Entwicklung des vergangenen Jahres in Mittel- und Osteuropa im Hinblick auf die schwierige wirtschaftliche und innenpolitische Lage, insbesondere in der Sowjetunion, ohne entscheidende Rückschläge fortsetze. Als die Hauptelemente einer zukünftigen amerikanischen Verteidigungspolitik bezeichnete Staatssekretär Atwood die Aufrechterhaltung des Prinzips der Abschreckung durch den Besitz von strategischen Waffen, die aktive Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis unter stärkerer Berücksichtigung der europäischen Interessen, die Beibehaltung der militärischen Präsenz auf den Weltmeeren, den Einsatz von flexiblen Einsatztruppen und die Ausstattung der Armee mit Waffensystemen auf dem neuesten technischen Stand. Staatssekretär Atwood betonte, daß die USA auch in Zukunft ihre Verantwortung in Europa wahrnehmen würden. Die Sicherheitsinteressen der USA und Europas seien untrennbar miteinander verbunden.

Bonn, den 8. August 1990

Dr. Ahrens	**Böhm (Melsungen)**
Sprecher der Delegation	stellvertretender Sprecher

Dienstag, 5. Juni 1990

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Präsidenten der Versammlung, Robert Pontillon (Frankreich)

(Themen: Rolle der WEU bei der Umgestaltung des Atlantischen Bündnisses — Entwicklung einer europäischen Union für Verteidigungsfragen — Schaffung einer neuen Sicherheitsordnung in Europa — Stellung eines vereinten Deutschlands in der WEU — Schaffung einer europäischen Raumfahrtagentur für Beobachtungssatelliten — Zusammenarbeit zwischen Rat und Versammlung)

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Präsidialausschusses der Versammlung

(Drucksache 1220)

Berichterstatter: Abg. Goerens (Luxemburg)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Generalsekretärs der WEU, Willem van Eekelen (Niederlande)

(Themen: Beitrag der WEU zur Herausbildung eines europäischen Sicherheitsbewußtseins — Ergebnisse des Gipfels von Washington — Weiterbestehen des militärischen Übergewichts der Sowjetunion — Aufrechterhaltung des Prinzips der Abschreckung — Bildung von multinationalen Einheiten — Schaffung einer neuen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung)

Tagesordnungspunkt:

Die WEU im Atlantischen Bündnis

(Drucksache 1225)

Berichterstatter: Abg. Finsberg (Großbritannien)

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Europa hat bisher in einer Situation gelebt, in der die Balance des Schreckens dafür gesorgt hat, daß es zu keinen neuen kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen ist. Wir haben im Augenblick zum erstenmal seit 1945 die Chance, diese Balance in eine völlig neue Form zu bringen, in eine Form nämlich, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in Europa entspricht. Ich glaube, es ist eine **Aufgabe der Westeuropäischen Union, diese Chance mit zu nutzen und eigene Vorstellungen zu entwikkeln.**

Schon aus diesem Grunde möchte ich mich bei unserem Berichterstatter, bei Sir Geoffrey Finsberg, herzlich für den Bericht bedanken, den er uns nicht nur als Grundlage für eine Debatte, sondern auch als Grundlage für die weitere Arbeit geliefert hat.

Wir befinden uns im Augenblick in einer Zwischenetappe, in der die ost- und mitteleuropäischen Staaten die Möglichkeit haben, sich in Richtung Demokratie fortzubewegen, und in der wir alle als europäische Staaten, vor allem wir als demokratische Staaten, die Chance bekommen, den Menschen in den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten unsere Hilfe — sei es ideeller, sei es materieller Art — zu geben.

Dessenungeachtet dürfen wir nicht vergessen, daß die **Bedrohung,** die wir so lange empfunden haben, noch **nicht völlig beseitigt** ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß es in mehreren Staaten Südosteuropas vor allem immer noch große Probleme gibt — ja, wenn ich an Jugoslawien denke, eigentlich erst entstehen — und möglicherweise zu Auseinandersetzungen führen, die an die Balkankriege vor dem Ersten Weltkrieg erinnern.

Wir müssen aber auch ebenso feststellen, daß die **Entwicklung in der Sowjetunion** durchaus nicht so optimistisch zu sehen ist, wie es viele in den vergangenen Monaten geglaubt haben. Vielmehr haben wir es in der Sowjetunion mit einer Situation zu tun, die sehr viel kritischer — auch für Europa — werden kann, als es viele im Augenblick beurteilen. Die Gefahr, daß eine unsicher gewordene Regierung in Moskau äußere Erfolge — und seien sie militärischer Art oder drohend diplomatischer Art — nötig hat, um die Probleme im eigenen Land — ich denke an die **Wirtschaft und an die Nationalitätenfragen** — zwar nicht zu lösen, aber zu überspielen, kann man mit dem besten Willen nicht ausschließen. Die Gefahr, daß wir trotz der Euphorie, in der wir im Augenblick in Europa leben, eines Tages eine kalte Dusche aus dem Osten — wenn auch vielleicht nur kurzfristig — bekommen, sollte man zumindest im Auge behalten.

Meine Damen, meine Herren, wir haben in den letzten Tagen erlebt, wie der Präsident der Vereinigten Staaten und der Präsident der Sowjetunion in Washington und in Camp David versucht haben, etwas zu entscheiden, was eigentlich eine ureigene europäische Sache ist. Ich möchte kritisch anmerken, daß das hoffentlich der letzte Gipfel war, auf dem zwei Staaten, deren Hauptinteressen nicht in Europa liegen, über die europäischen Staaten und über die europäischen Völker zwar nicht beschließen, aber doch zumindest den Weg weisen wollen.

Wenn ich höre, daß der sowjetische Außenminister Schewardnadse gestern in Kopenhagen plötzlich das Potsdamer Protokoll vom August 1945 als eine künftige Grundlage der europäischen Politik angeboten hat, dann muß ich sagen, daß die zunächst mehr taktisch erscheinende Haltung des sowjetischen Präsidenten in Washington offenbar auf einer völlig anderen Basis beruht, auf einer Basis nämlich, die eher auf die Erfolge der stalinistischen Politik und des stalinistischen Imperialismus baut als auf jene vertrauensvolle Zusammenarbeit, die wir eigentlich alle möchten.

Herr Präsident, dessenungeachtet sollten wir optimistisch bleiben, und zwar einfach deswegen, weil wir wissen, daß die Menschen in Mittel- und Osteuropa und natürlich auch die Menschen in der Sowjetunion die Diktaturen, die sie dort erleiden mußten und die

zum Teil noch existieren, nicht mehr ertragen möchten, sondern daß sie ebenso wie wir ihre Länder in freie Staaten, in freie Gesellschaften umwandeln können. Deswegen ist vieles, was sich in den letzten Monaten ereignet hat, nicht mehr umkehrbar.

Wir als Deutsche — dies füge ich in aller Offenheit und mit Freude hinzu — dürfen noch ein Stück optimistischer sein, nicht zuletzt deswegen, weil wir gerade während der im Augenblick in der Tat schwierigen Zeiten die Garantie haben, daß wir seit 40 Jahren mit Freunden und Verbündeten in Europa ausgestattet sind, wie sie Deutschland seit der Neuorganisation im Jahre 1871 nie besessen hat. Aus der selbstverständlichen Zusammenarbeit mit Nachbarn, mit anderen freien europäischen Staaten wollen wir den Schluß ziehen, daß wir uns nicht nach 40 Jahren zurückziehen, weil plötzlich die Chance der Wiedervereinigung gegeben ist. **Wir wollen** vielmehr **weiterhin unseren aktiven Part leisten,** sei es in der Westeuropäischen Union, sei es in der NATO, sei es im Europarat oder sei es in den Europäischen Gemeinschaften.

Ich muß gestehen, ich bin ein wenig überrascht, daß der sowjetische Staatspräsident sich mit so großer Energie gegen die **Mitgliedschaft des künftigen Gesamtdeutschlands in der NATO** ausgesprochen hat. Wir sind uns doch wohl über eines klar: Wenn er wirklich, wie er mehrfach betont hat, sozusagen vor einer Wiederholung des Zweiten Weltkrieges Angst hat, weil Deutschland nun plötzlich wieder zu stark sein könnte, müßte er doch ein Interesse daran besitzen, daß dieses Deutschland in der NATO bleibt. Es ist ja nicht nur der Beitritt eines souveränen Deutschlands zur NATO entscheidend gewesen, sondern wir haben uns darüber hinaus mit unserer gesamten Armee freiwillig in die NATO integriert. Wir haben alle unsere Truppenteile dem NATO-Kommando unterstellt. Niemand hat die Absicht, diese Unterstellung unter die NATO wieder rückgängig zu machen. Wenn nicht ein abgrundtiefes Mißtrauen des sowjetischen Staatspräsidenten auch gegenüber den übrigen Mitgliedstaaten der NATO vorhanden ist, müßte er eigentlich den Vorstellungen folgen, die besagen: Es ist vernünftig, wenn Deutschland in dem Kreis bleibt, in dem es seit Jahrzehnten eine, wie ich hoffe, nicht nur friedvolle, sondern auch verantwortungsvolle Politik betrieben hat.

Meine verehrten Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre für mich eine wichtige Entscheidung, wenn diese Versammlung sich eindeutig für die deutsche NATO-Mitgliedschaft auch in der Zukunft ausspräche, wenn dieser selbstverständlich gewordene Verbund unter friedlichen Staaten erhalten bliebe und wir auch mit unseren Landsleuten aus dem heute noch DDR genannten Teil Deutschlands in diesem Verbund bleiben könnten.

Herr Präsident, ich bedanke mich, daß Sie mir so lange Gelegenheit gegeben haben, meine Meinung zu sagen. Ich möchte noch einmal die herzliche Bitte an Sie richten, die **deutsche Einigung,** die nun einmal in absehbarer Zeit kommt, **als eine große Chance** nicht nur für mein Land, sondern **für alle demokratischen Staaten in Europa** zu begreifen.

Mittwoch, 6. Juni 1990

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Außenministers von Belgien und des amtierenden Ratspräsidenten, Marc Eyskens

(Themen: zukünftige Aufgaben der WEU — Solidarität mit dem Atlantischen Bündnis — KSE-Verhandlungen — außenpolitischer Status eines vereinten Deutschlands — multinationale Truppen)

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Minister, ich habe aus Ihren Antworten eine gewisse Sympathie oder Favorisierung herausgehört: daß Sie sich durchaus vorstellen können oder vielleicht auch wollen, daß die **Europäische Gemeinschaft** die **Zuständigkeit für Sicherheit und für Verteidigungsfragen** bekommt. Sie haben anschließend gesagt, Sie wollten die Sicherheit von den Verteidigungsfragen trennen. Ich kann mir einfach nicht vorstellen — deswegen frage ich nach —, daß man die Sicherheitspolitik von der Verteidigungspolitik trennen kann, daß man das in unterschiedlichen Gremien mit unterschiedlichen Akzentuierungen behandeln kann.

Wenn ich diesem Gedanken, den Sie äußern, folgte, käme ich zu der Überzeugung, daß wir in der WEU letztlich nur noch der Sockenzählausschuß der jeweiligen Streitkräfte wären, während die großen Probleme woanders behandelt würden. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang nochmals fragen: Ist es wirklich Ihre Überzeugung, daß die EG auch für Sicherheits- und Verteidigungsfragen zuständig sein könnte, wenn Sie gleichzeitig einräumen, daß die EG für solche Länder erweiterungsfähig ist, die gegenwärtig unserem Verteidigungsbündnis nicht angehören? Wäre nicht vielleicht der Europarat eher geeignet als parlamentarisches Gremium der KSZE, über Sicherheitspolitik, Sicherheitsstrukturen oder kooperative Sicherheit in Europa nachzudenken, als gerade die Gemeinschaft?

*In seiner Antwort führte **Minister Eyskens** aus, daß die Mitgliedschaft von neutralen Staaten in der EG der Übertragung von Verteidigungskompetenzen auf die EG entgegenstehe. Er befürworte jedoch, daß sich die EG in der Zukunft verstärkt mit Sicherheitsfragen, insbesondere der Förderung vertrauensbildender Maßnahmen, im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit befasse.*

Dr. Ahrens (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident, daß Sie mir als allerletztem Redner das Wort erteilt haben.

Herr Minister, Sie haben bei unseren Fragen wahrscheinlich bemerkt, daß die Kolleginnen und Kollegen dieser Versammlung wie übrigens auch der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Bedenken haben, wenn man von einer **Institutionalisierung der KSZE** in dem Sinne spricht, daß man dort auch neue Organisationen schafft. Herr Minister, meine erste Frage ist diese: Teilen Sie meine Auffassung, daß für Europa alles wichtiger ist als eine weitere Organisation? Bereits heute bringen unsere Mitbürger die

Europäische Gemeinschaft, den Europarat und die WEU heillos durcheinander. Kein Mensch weiß mehr, wer wofür zuständig ist. Ganz abgesehen davon leiden auch wir unter der Doppelarbeit und unter dem zuweilen spürbaren Gegeneinander der bereits heute vorhandenen Organisationen. Ausgehend von dieser Befürchtung frage ich Sie: Sollte man mit der Schaffung weiterer institutionalisierter Bürokratien, die, wie wir wissen, alle den Trend haben, sich zu verewigen und zu vergrößern, nicht sehr vorsichtig sein? Dies ist die erste Frage.

Ich möchte eine zweite Frage an Sie richten. Herr Minister, halten Sie es nicht für notwendig, die, wie wir meinen, positiven Erfahrungen, die man seit dem letzten Kriege beim Europarat, bei der WEU und auch bei der Europäischen Gemeinschaft mit der Bildung parlamentarischer Gremien gemacht hat, auch im Rahmen des KSZE-Prozesses nutzbar zu machen? Wäre dann nicht auch eine Möglichkeit gegeben, die parlamentarische Diskussion in den bereits vorhandenen Gremien zu führen? Ich darf Sie daran erinnern, daß wir in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates — unsere Delegationen dort sind ja personell identisch mit denen hier — bereits jetzt mit den Vertretern von 29 der 35 Signatarstaaten von Helsinki zusammenarbeiten.

*Eingehend auf die Frage einer Institutionalisierung des KSZE-Prozesses stimmte **Minister Eyskens** seinem Vorredner zu, daß man an bewährten Organisationen festhalten solle, anstatt neue Institutionen zu schaffen. Zu dem Vorschlag, dem KSZE-Prozeß eine parlamentarische Dimension zu verleihen, vertrat Minister Eyskens die Auffassung, daß diese Aufgabe dem Europäischen Parlament übertragen werden sollte.*

Tagesordnungspunkt:

Fortsetzung der Debatte betr. die WEU im Atlantischen Bündnis

Dr. Müller (CDU/CSU) — Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht des Kollegen Finsberg ist eine gut geratene, hervorragend zusammengestellte Momentaufnahme in einer Zeit, die sehr bewegt ist. Wir wissen alle, daß das, was dort niedergeschrieben ist, in den nächsten Wochen, in den nächsten Monaten sicherlich neu interpretiert werden kann, daß hier aber ohne Zweifel bestimmte Pfeiler fest eingeschlagen wurden.

Wir leben in einer Zeit, wie sie vor einem Jahr nicht vorstellbar gewesen wäre und wie sie vielleicht nur vergleichbar ist mit der Zeit der Französischen Revolution oder der Zeit der Veränderung des Weltbildes durch Giordano Bruno und Galileo Galilei im 16. Jahrhundert. Das bedeutet, daß eine solche Zeit, die ständig in Veränderung ist, feste Pfeiler braucht; denn das Boot, das auf dem Meere schwankt, wo der Wind ständig wechselt, braucht irgendwo einen Pfeiler, an dem das Ankertau festgemacht werden kann: den **Pfeiler der europäischen Sicherheit.**

Mein Vorredner, der Kollege Stoffelen, sprach gerade von Bestrebungen der KSZE auf dem Gebiet der Menschenrechte. Es gibt ja Bestrebungen, im Rahmen des KSZE-Prozesses Sicherheitsfragen zu lösen. Es gibt Bestrebungen, **im Rahmen der KSZE** auch **ein neues Sicherheitssystem zu schaffen.**

Erlauben Sie mir, daß ich hier ein paar skeptische Anmerkungen mache. Ich glaube, daß ein so großes Gremium zunächst nicht in der Lage ist, die Sicherheit zu bieten, die wir bisher im Westen gehabt haben und brauchen. Die KSZE erinnert mich da mehr an den immerwährenden Reichstag des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, das von dem Staatsrechtler Samuel von Pufendorf als ein „Monstrum" bezeichnet wurde.

Es gibt ja schon seit 1945 ein **weltweites** — nicht nur ein europäisches — **Sicherheitssystem;** denn 1945 wurden **die Vereinten Nationen** mit dem Ziel geschaffen, Frieden auf Erden permanent zu machen. Die Einrichtung des Sicherheitsausschusses sollte dafür sorgen, daß es nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges eben keine Kriege mehr gibt. Wir wissen alle, daß dieses Instrument versagt hat; denn es gab seit 1945 über 100 bewaffnete Auseinandersetzungen auf dem Erdball.

Das bedeutet für uns, die Frage zu stellen, wie unsere aktuelle Lage ist, wie wir uns in unserer aktuellen Lage zurechtfinden können. Sicher, **die Rolle des Warschauer Paktes wird relativiert.** Im Glacisbereich der Sowjetunion gibt es einen Rückzug sowjetischer Truppen aus Ungarn, der Tschechoslowakei, hoffentlich auch aus Polen und der heutigen Deutschen Demokratischen Republik. Aber es ist nicht so, daß in Europa der allgemeine Friede oder die Sicherheit ausgebrochen wäre, daß es nie wieder zu Konflikten kommen könnte. Wir brauchen nur einen Blick nach dem Südosten, auf den Balkan zu richten, auf Jugoslawien, auf Rumänien, auf Bulgarien. Dann werden wir feststellen, daß es täglich neue Meldungen über Nationalitätenkonflikte, Grenzkonflikte und ähnliche Fragen gibt.

Ich hatte vor kurzem die Gelegenheit, mit einem Minister aus diesen Balkanländern bei einer Ministerkonferenz des Europarats zu sprechen. Er verwies darauf, daß die **Lage auf dem Balkan** mindestens so explosiv sei, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg gewesen sei. Wir wissen alle, daß dort der Erste Weltkrieg durch die Schüsse von Sarajewo begonnen hat.

Vielleicht darf ich an dieser Stelle einen Witz wiedergeben, den mir ein prominenter Politiker aus einem dieser Staaten erzählt hat und der, so makaber er ist, doch zeigt, wie die Situation dort ist. In Bulgarien kursiert zur Zeit ein Witz, der folgendermaßen lautet: Was ist ein Optimist? Ein Optimist ist ein Mann, der Englisch lernt. Was ist ein Pessimist? Ein Pessimist ist ein Mann, der in Bulgarien Türkisch lernt. Und was ist ein Realist? Ein Realist ist ein Mann, der sich eine Maschinenpistole kauft und in Bereitschaft in den Keller legt.

Wenn ich einen solch makabren Witz — wenn ich es so formulieren darf — höre, weiß ich, wie gespannt die Situation in einem bestimmten Teil Europas ist.

In einem anderen Teil Europas erfolgt die Lösung der Sicherheitsprobleme, **der deutschen Frage** durch die

deutsche Neuvereinigung. Das sollte uns vielleicht daran erinnern, daß am Anfang des Gründungsprozesses der Westeuropäischen Union der Vertrag von Dünkirchen stand. Dort wurde ein Pakt von fünf Staaten geschlossen, um ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus zu verhindern. Das war der ursprüngliche Ausgangspunkt der westeuropäischen Union. Das hat sich dann auf Grund des Ost-West-Konfliktes ganz anders entwickelt, und die WEU ist zu einem Bündnis mit der Mitgliedschaft der Bundesrepublik zur Erhaltung von Freiheit und Sicherheit in Europa geworden.

Ich bin nicht ganz so optimistisch wie der Kollege Stoffelen, der gleich mit 50-%-Quoten gearbeitet hat. Ich bin der Meinung, nicht nur Bürokratien, sondern auch Militärapparate sind nach den Erfahrungen, die wir alle haben, sehr langsam zu reduzieren. Ich spreche meine Besorgnis darüber aus, daß der **KSE-Prozeß in Wien** wenigstens für mich **zu langsam** geht und daß man bisher noch nicht zu Ergebnissen gekommen ist. Es gibt immer wieder Vermutungen, es gäbe eventuell einen Druck des Militärapparates in der Sowjetunion, diesen Prozeß zu verlangsamen und nicht zu beschleunigen.

Ganz gleich, wie die Entwicklung weitergeht: Die **Umorientierung unserer Militärstruktur auch im Westen** wird sicher dazu führen, daß wir Streitkräfte brauchen, die schnell einsatzfähig an verschiedenen Orten sind, daß wir nicht mehr die großen Massen brauchen, und daß wir Reserven brauchen, die in einem Krisenfall, der nie ausgeschlossen werden kann, mobilisiert werden können. Der Kollege Stoffelen hat von den tausend Blumen gesprochen, die wir blühen lassen sollen. Auch ich bin dafür, die tausend Blumen blühen zu lassen. Aber man muß immer daran denken, daß es nach dem Aufruf, tausend Blumen blühen zu lassen, auch den Platz des Himmlischen Friedens, dem Tienanmen-Platz in Peking gegeben hat, daß die Entwicklung also durchaus in eine andere Richtung gehen kann.

Was für mich wichtig erscheint — das hat auch der Kollege Baumel angesprochen —, ist, daß die WEU und die NATO den Blick in neue Richtungen werfen sollten: nach Süden, nach Südosten. Ich glaube tatsächlich, daß der große Ost-West-Gegensatz, der uns 45 Jahre lang bestimmt hat, nicht mehr diese Rolle spielen wird. Das schließt aber nicht aus, daß **neue Konfliktfelder** entstanden sind. Während wir in Europa die Atomwaffen beseitigen wollen, redet man davon — ich bitte Sie, sich daran zu erinnern —, daß Indien und Pakistan vor einem Atomkrieg stehen könnten. Während wir die Chemiewaffen beseitigen wollen, wissen wir, daß Chemiewaffen im Krieg zwischen Irak und Iran eingesetzt worden sind. Wir wissen, daß es in diesem Bereich weiterhin eine große Aufrüstungswelle gibt. Wir wissen auch, daß es in diesem Bereich Ideologien gibt, die aggressiv in dem Sinne sind, für eine Idee die Welt zu erobern, nicht etwa nur im klassischen Sinne Krieg zu führen.

Die Sowjetunion wird in diesem Prozeß eine Rolle spielen. Sie wird als Leidende eine Rolle spielen. Denn die Konflikte im Süden der Sowjetunion strahlen schon heute auf ein Imperium aus, das es nicht geschafft hat, sich föderalistisch zu organisieren, das es nicht geschafft hat, die verschiedenen Sprachen und Kulturen so zu integrieren, daß ein Geist des Nebeneinanders und des Wettbewerbs herrscht. Dort kommen immer wieder alte nationalistische Parolen hoch, ja, sie spielen dort in den letzten Monaten verstärkt eine Rolle.

Wenn wir Äußerungen aus der Sowjetunion zur aktuellen Entwicklung in der deutschen Politik hören, dann finde ich es immer wieder erstaunlich, welche Schwankungen es hier gibt. Wenn Schewardnadse jetzt in Kopenhagen an Potsdam erinnert, während zur gleichen Zeit Gorbatschow davon spricht, daß es kein zweites Versailles geben solle, erinnern mich solche Äußerungen aus der Sowjetunion immer an den Titel eines bedeutenden Romans von Dostojewskij: Der Spieler. Man hat das Gefühl, hier wird gespielt, hier wird versucht, Optionen offenzuhalten, die eigentlich längst überholt sein sollten. Gelegentlich macht die sowjetische Politik in diesen Fragen den Eindruck einer Verkehrsampel, deren Computersystem außer Kontrolle geraten ist: Sie springt von Grün auf Gelb und wieder zurück auf Grün, um dann längere Zeit rot zu leuchten. Das könnte eine pessimistische Einstellung sein. Ich möchte mich aber nicht als Pessimisten bezeichnen, sondern eher als Realisten. Und Realist sein heißt, auch Optimist zu sein.

Wenn ich hier sage, daß das auch bedeutet, Optimist zu sein, dann möchte ich mit einem Zitat abschließen, das Gorbatschow bei seinem Besuch in den Vereinigten Staaten auf der Abschlußpressekonferenz gebraucht hat. Er sagte dort, **daß man für Deutschland eine Option wünsche, die alles in Europa stärkt,** anstatt es zu schwächen. Hier kann ich als deutscher Parlamentarier nur sagen: Das kann ich 100%ig unterstreichen. Auch wir wollen eine Option, die alles in Europa stärkt, anstatt dieses Europa zu schwächen. Das bedeutet natürlich, daß wir auch in der WEU oder in der NATO an die Fragen der Abrüstung und der Rüstungskontrolle mit neuen Ideen herangehen müssen, daß uns das geplante **Institut für Sicherheitsfragen** als ein „think tank" helfen muß, die Probleme vorausschauend zu erfassen und dazu beizutragen, ein wirkliches europäisches Sicherheitssystem zu schaffen, in dem alle, die guten Willens sind, in Frieden leben können.

Antretter (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befinden uns zur Zeit in einer Phase, in der sich in den internationalen Beziehungen so vieles so schnell und so grundlegend wandelt, daß es unmöglich ist, auf die neuen Herausforderungen schon endgültige Antworten zu geben. Ich meine, es kommt jetzt zunächst darauf an, die richtigen Fragen zu stellen und zu analysieren, welche Probleme zu lösen sind. Ich betrachte den Bericht von Sir Geoffrey Finsberg in erster Linie als Problemanalyse, und ich meine auch, daß es richtig und notwendig war, gerade dieses Thema im Anschluß an den Pontillon-Bericht zu behandeln.

Es gab früher ein von Zeit zu Zeit zitiertes Wort, wonach die NATO dazu diene, die USA in Europa, die Sowjetunion von Europa fern und die Deutschen unten zu halten. Auch wenn einem solche vereinfachenden Formeln nicht gefallen mögen, so ist die Thematik dennoch weiter aktuell. Aus den zahllosen Proble-

men, die sich neu stellen, möchte ich folgende drei Felder herausgreifen: erstens das Engagement der USA in Europa, zweitens die Einbindung eines vereinigten Deutschlands in ein gemeinsames Sicherheitssystem und drittens die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion.

Ich halte es für unabdingbar, alles zu tun, was die amerikanische Beteiligung an der Verantwortung für die Sicherheit der Europäer erleichtert und möglichst sogar verstärkt. Hierfür bieten sich zwei Rahmen an. Der eine ist die NATO, der andere ist die KSZE. Beide sollten dazu genutzt werden, um die euro-amerikanische Zusammenarbeit und Verantwortungsgemeinschaft noch intensiver zu gestalten.

Die Vorschläge des Berichts im Hinblick auf die **Herausstellung der WEU als eines die NATO und das amerikanische Engagement stärkenden Elements** scheinen hier sehr nützlich zu sein. Die Tatsache, daß vor dieser Versammlung erstmals ein Vertreter der amerikanischen Administration sprechen wird, ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß diese Zielsetzung der WEU von den USA mehr und mehr verstanden wird.

Der zweite Problemkreis betrifft die **sicherheitspolitische Standortbestimmung des vereinigten Deutschlands** in Europa. Daß es sich hier um eine der schwierigsten Fragen handelt, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Die deutsche Frage hat das jüngste amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen beherrscht und steht im Mittelpunkt aller multilateralen Konferenzen, die sich mit Sicherheitsfragen auseinandersetzen. Es ist verständlich, daß der Kreis derjenigen Staaten, die an den Konsultations- und Entscheidungsprozessen über die sicherheitspolitische Zugehörigkeit Deutschlands beteiligt sein wollen, außerordentlich groß ist. Die Deutschen wollen hier sicherlich auch niemanden ausschließen; aber sie wollen auch **keinen neuen Sonderstatus für ein vereinigtes Deutschland.** Ich begrüße es deshalb, daß in der Empfehlung gefordert wird, die Beteiligung des vereinigten Deutschlands an der gemeinsamen Sicherheit Westeuropas unter Berücksichtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen sicherzustellen. Manchmal ist nicht nur das von Bedeutung, was in einer Empfehlung gesagt wird, sondern auch das, was nicht gesagt wird. So stellt die Empfehlung nicht die Forderung auf, daß das vereinigte Deutschland der NATO angehören müsse.

Es ist ebenso bemerkenswert, daß, soweit öffentlich bekannt, die Sowjetunion bisher immer nur die **NATO-Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands** abgelehnt hat; von der **Zugehörigkeit zur WEU** war in diesem Zusammenhang nicht die Rede. Ob es so einfach ist, wie der Berichterstatter es in seiner mündlichen Präsentation gesagt hat, daß nämlich bei einem Beitritt der DDR gemäß Art. 23 des Grundgesetzes der WEU-Vertrag automatisch für das gesamte Deutschland gelte, weiß ich nicht. Die Bundesregierung ist da etwas zurückhaltender. Im Bundestag hat sie kürzlich auf eine entsprechende Frage folgendes gesagt — ich zitiere aus der Antwort der Bundesregierung —:

> Der sicherheitspolitische Status des Gebietes der heutigen DDR wird in allen seinen Aspekten mit der frei gewählten Regierung der DDR sowie mit den vier für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächten zu klären sein. In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage des Geltungsbereichs des WEU-Vertrages.

Eines der wichtigsten Argumente der Empfehlung ist meines Erachtens die Forderung an den Rat, **die WEU für die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens zwischen West- und Osteuropa** zu nutzen.

Damit komme ich zum dritten Komplex, nämlich den **Sicherheitsinteressen der Sowjetunion.** Schon bei den damaligen Debatten um die Pariser Verträge erklärte der ehemalige französische Ministerpräsident Mendès-France im November 1954 folgendes:

> Das in den Verträgen von Paris vorgesehene System einer Waffenbegrenzung und -kontrolle konstituiert in meinen Augen ein nützliches Beispiel, ja eine Vorauskonstruktion, eines allgemeineren Systems.

Will man die **WEU** tatsächlich **als gesamteuropäische Kontroll- und Sicherheitsinstitution** nutzen, die auch für die Sowjetunion interessant wäre, so müßte man hier wohl ganz neue Wege beschreiten. Aber neues Denken ist ja von uns allen gefordert. So könnte man daran denken, die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten an der Verifikation im Rahmen der WEU zu beteiligen. Man sollte sich auch daran erinnern, daß das im Dezember 1957 unterzeichnete Übereinkommen über ein verbindliches Rechtsverfahren im Hinblick auf Kontrollen nicht in Kraft getreten ist, weil Frankreich es nicht ratifiziert hat. Bei einem zukünftigen Verifikationsprozeß sollte ein derartiges Verfahren rechtsstaatliche Maßstäbe garantieren. — Vielen Dank.

Prof. Dr. Soell Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Berichterstatter Sir Geoffrey Finsberg hat einen sehr interessanten Bericht in einer sehr bewegten und bewegenden Zeit vorgelegt. Er war sich der Schwierigkeit voll bewußt, gültige Aussagen vorzulegen, die nicht von der Aktualität überholt sein würden. Aus dieser Sicht ist es verständlich, daß er das bisher Bewährte in den Vordergrund gerückt hat und uns empfiehlt, an diesem Bewährten festzuhalten.

Gleichzeitig ist ihm keineswegs verborgen geblieben, daß die bewährten Bindungen und Bündnisse auf Grund der friedlichen und demokratischen Revolutionen im östlichen Mitteleuropa und in Osteuropa sowie auf Grund der bevorstehenden Vereinigung beider deutscher Staaten **vor neuen Herausforderungen** stehen. Schon jetzt hat sich **die Sicherheitslage erheblich verändert.**

Der Bericht enthält in den Empfehlungen unter 1 zwar eine Aussage über die Sowjetunion, die jedenfalls für mich etwas fragwürdig ist, weil in ihr nicht zureichend berücksichtigt wird, daß es tatsächlich erhebliche Reduzierungen sowjetischer Truppen aus Ungarn, der Tschechoslowakei und teilweise selbst aus der DDR gegeben hat. Aber das ist ein Nebenpunkt. Wichtiger ist die Tatsache, daß in Ländern wie Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen und der DDR **der militärische Zusammenhang des Warschauer Paktes praktisch so nicht mehr existiert,** sondern nur noch ein

vager politischer Zusammenhang. Dadurch wird deutlich — heute tagt das Politische Komitee des Warschauer Paktes in Moskau —, daß sich die Sicherheitslage erheblich verändert hat, und zwar bevor es zu Abschlüssen in den Fragen der konventionellen Abrüstung in Wien gekommen ist.

Nach den Einschätzungen der amerikanischen Nachrichtendienste und der vereinigten Stabschefs ist deutlich, daß sich die Vorwarnzeit nicht nur um Tage, sondern um Wochen erhöht hat. Das heißt, das Stadium der Hochreizung, der Situation der hohen Alarmbereitschaft, die wir in Europa über viele Jahre und Jahrzehnte hatten, ist so nicht mehr existent.

Der Berichterstatter hat zu Recht die Frage aufgeworfen, wie das **Problem des Beitritts der DDR zur Westeuropäischen Union** zu regeln sei. Angesichts der Problematik der Zwei-plus-Vier-Gespräche und angesichts der Tatsache, daß sich die Sowjetunion jedenfalls gegenwärtig noch nicht mit dem Beitritt des vereinigten Deutschlands zur NATO einverstanden erklärt, wird häufig vergessen, daß ein Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach **Artikel 23 des Grundgesetzes** automatisch auch den Beitritt zum Vertrag der Westeuropäischen Union bedeutet.

In der Öffentlichkeit wird auch nicht wahrgenommen, daß die Westeuropäische Union im Hinblick auf ihre Mitglieder sehr viele verbindliche Regelungen trifft. Es besteht eine **automatische Bündnispflicht.** Es gibt die Verpflichtung zur Verteidigung an den Grenzen. Außerdem gibt es nicht wie beim NATO-Vertrag die Möglichkeit, innerhalb eines Jahres aus der Organisation auszutreten. Vielmehr besteht **erst 1998 die Möglichkeit zum Austritt** oder aber ein Austritt ist nur möglich, wenn alle anderen Mitglieder der Westeuropäischen Union diesem zustimmen. Das heißt, der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und damit zur Westeuropäischen Union hat völkerrechtlich gesehen eine ganz andere Verbindlichkeit als etwa der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Lichte der NATO-Mitgliedschaft.

Im Unterschied zu der Bewertung, die in dem Bericht enthalten ist, möchte ich doch in Erinnerung rufen — darüber haben wir schon in früheren Debatten diskutiert, insbesondere auch auf der Sondersitzung in Luxemburg —, daß die Hindernisse auf sowjetischer Seite — das haben schon andere Redner betont — weniger im Substantiellen liegen als vielmehr in der **psychologischen Situation.** Die Sowjets sind nämlich diejenigen, die im Zweiten Weltkrieg bei der Niederkämpfung des Hitler-Faschismus die meisten Opfer gebracht haben.

Ich glaube, das Problem der NATO-Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands wäre leichter lösbar, wenn man der Sowjetunion drei Konzessionen machen könnte. Erstens sollte sie in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen — schon im Vorgriff auf weitere Wiener Verhandlungen über konventionelle Truppenreduzierungen — Bescheid wissen über den künftigen Umfang der deutschen Streitkräfte, und zwar nicht nur der Bundeswehr, sondern auch der jetzigen Nationalen Volksarmee.

Der zweite Punkt — das ist sicherlich nicht unsere zentrale Thematik — betrifft den wirtschaftlichen Ausgleich. Wenn man weiß, daß ein Teil der Rückzüge sowjetischer Truppen aus den osteuropäischen und mittelosteuropäischen Ländern in die Sowjetunion gestoppt worden ist, weil dort nicht genügend Kasernen, nicht genügend Unterkünfte für die Familien zur Verfügung stehen, dann wird verständlich, wenn neben den vielen anderen Problemen, die wir aus unmittelbarer Anschauung in der Sowjetunion kennen, natürlich auch das **Problem des wirtschaftlichen Ausgleichs von besonderer Bedeutung** ist. Auch hier müssen wir Angebote machen.

Der dritte wichtige Punkt ist schließlich **der Einstieg in ein übergreifendes Sicherheitssystem auf der europäischen Ebene.** Ich gebe dem Berichterstatter recht, wenn er sagt: Wir brauchen hier nicht noch eine zusätzliche Bürokratie. Es geht wesentlich um ständige Einrichtungen wie eine Außenministerkonferenz. Dazu braucht man keinen großen Apparat. Es geht auch um das, was von verschiedenen Regierungen vorgeschlagen worden ist: **ein Verifikationszentrum.** Es geht natürlich auch um größere völkerrechtliche Verbindlichkeit.

Der belgische Außenminister, der immer noch Vorsitzender des Ministerrates ist, hat einen **Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion bzw. dem, was vom Warschauer Pakt noch übrig ist, und den Mitgliedern der NATO** vorgeschlagen. Das wäre sicherlich auch ein Punkt, der der Sowjetunion die Entscheidung, der NATO-Zugehörigkeit eines vereinigten Deutschlands zuzustimmen, erleichtern würde.

Gestern hat der Generalsekretär in seinem Bericht über die Gipfelkonferenz in Washington gesagt, dies sei die letzte Gipfelkonferenz alten Musters gewesen. Über die Zukunft Europas werde nicht mehr in Washington und Moskau entschieden. — Dies ist ein großes Wort. Wie sehen aber die Tatsachen aus? Unser Freund und Kollege Jean-Marie Caro hat gestern zur Frage des sicherheitspolitischen Elements der politischen Union Europas eine Reihe bohrender Fragen gestellt. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ganz offen sprechen. Wenn Sie heute Revue passieren lassen, was einzelne Regierungen von Mitgliedsländern der Westeuropäischen Union zu diesem Punkt meinen, stellen Sie fest, daß es mindestens drei große Richtungen gibt.

Ich beginne mit der deutschen Meinung. Große Teile der deutschen Öffentlichkeit — ich schließe Teile der Regierung dabei nicht aus — sind zwar für die politische Union und halten sie angesichts des Problems der Einbettung eines vereinten Deutschlands in das zukünftige Europa für noch dringender als zuvor, aber sie sind **skeptisch gegenüber dem sicherheitspolitischen Element einer politischen Union Europas.**

Wenn man an die französische Regierung denkt, so wird deutlich, daß sie sich immer noch nicht entschieden hat, ob sie ihre Sonderrolle in der Frage der militärischen Integration aufgeben soll oder ob sie ihre Streitkräfte einschließlich der nuklearen Komponente in eine politische Union Europas einbringen soll.

Die britische Regierung besteht nach wie vor auf ihrer special relationship zu den Vereinigten Staaten und sieht diese am besten in dem Vorrang der NATO-Mitgliedschaft und der integrierten militärischen NATO-

Struktur gewährleistet. Es gibt sicherlich noch viele andere Positionen innerhalb der europäischen Länder, gerade auch innerhalb derer, die das entscheidende Gewicht haben und führend sein könnten, wenn es um die politische Union Europas geht.

Wenn wir die Vorbehalte, die auf den verschiedenen Seiten existieren, richtig einschätzen, wird deutlich, daß nur durch ihre Überwindung mittels eines Konsenses, bei dem nach vorne geblickt wird, die Gefahren ausgeschlossen werden, die nicht nur von außerhalb Europas auf Europa zukommen können. Vielmehr wäre selbst der bisher erreichte Stand von wirtschaftlicher und politischer Einheit auf Dauer gefährdet, wenn wir in diesem Bereich nicht vorwärtskommen. Ich muß sagen — das haben mehrere Redner ebenfalls betont —, daß die **Gefahren, die von außerhalb Europas auf Europa künftig zukommen können,** einen anderen Charakter haben als die Bedrohungen, die wir bisher zwischen Ost und West zu verzeichnen hatten. Es sind auch andere Mittel notwendig, um diesen Gefahren zu begegnen.

Man kann bestimmte Bevölkerungswanderungen nicht mit nuklearer Abschreckung stoppen. Man kann religiöse Fundamentalismen nicht bekämpfen, indem man konventionell aufrüstet usw. Es bedarf in diesem Zusammenhang vielmehr eines vertieften politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konsenses und entsprechender Strategien aller europäischen Länder, die aus diesem Konsens hervorgehen.

Lassen Sie mich am Schluß nochmals betonen: **Die Westeuropäische Union** bietet den vertraglichen und institutionellen Rahmen für den engeren sicherheitspolitischen **Kern eines Europas, das nach dem Muster konzentrischer Kreise aufgebaut ist.** Wir müssen diesen Rahmen jetzt allerdings wirklich nutzen, nicht exklusiv, vielmehr so, daß die Chance geboten wird, daß Länder aus dem östlichen Mitteleuropa in der einen oder anderen Form einbezogen werden. Ganz entscheidend ist, daß der Kern sich selber bewußt ist, daß er sich sicherheitspolitisch jetzt anders organisieren muß und daß er auf diese Weise tatsächlich den europäischen Pfeiler der NATO bildet. Gegenwärtig kann man noch nicht einmal von einem Pfeilerchen sprechen. Derzeit bewegen die Regierungen und auch wir selber nur sehr viel Papier.

Ich erhoffe mir — damit komme ich zum Schluß — von der Tatsache, daß unsere Versammlung nun einen französischen Präsidenten hat und wir ab 1. Juli auch einen französischen Präsidenten des Ministerrates haben werden, einen wichtigen Anstoß. Frankreich kann eine wichtige Rolle spielen, um die sicherheitspolitische Komponente einer politischen Union Europas aufzubauen. Wenn Frankreich vorangeht, werden andere folgen, die sich jetzt in der einen oder anderen Weise noch sperren. — Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Geduld.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Wort des Dankes beginnen, des Dankes an Sie alle, die Sie sich an dieser Diskussion beteiligt haben und die Sie dieser Diskussion mit großem Interesse gefolgt sind. Mein besonderer Dank gilt unserem Berichterstatter Sir Geoffrey Finsberg und auch dem Sekretariat. Denn die Ausarbeitung dieses Berichts hat besondere Schwierigkeiten bereitet, weil sich die Ereignisse in Europa so schnell änderten. Somit legen wir Ihnen heute den Bericht nicht in einer ersten, sondern in einer zweiten Fassung vor.

Wir Politiker auf der europäischen Ebene sind in einer etwas schwierigen Situation. Ich komme mir immer vor wie ein Schauspieler auf einer Bühne, auf der ständig die Kulissen wechseln und dem man einen Zettel zusteckt und sagt: Ab jetzt spielen wir etwas anderes. So ähnlich jedenfalls geht es uns.

Trotzdem sind wir alle hier im Hause dankbar und froh darüber, daß wir heute über den Teil Europas, der vor zwölf Monaten noch hinter dem Eisernen Vorhang lag, der unseren Kontinent über Jahrzehnte getrennt hatte, mitverantwortlich sprechen und denken können und müssen.

Im Mittelpunkt der Diskussion gestern und heute standen die **Probleme, die sich aus der Vereinigung Deutschlands ergeben.** Das ist verständlich; denn ein vereinigtes Deutschland wird stärker werden. Meine feste Überzeugung ist: Ein stärkeres, ein größeres Deutschland braucht ein stärkeres Europa. Ein größeres Deutschland wird aber auch Auswirkungen auf das sehr empfindliche Gleichgewicht in Europa haben. Bei aller Genugtuung darüber, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß sich unsere Wertordnung als stärker erwiesen hat als das System, das man in Zentral- und Osteuropa als sozialistisch bezeichnet hat, bei aller Genugtuung darüber, daß die NATO Bestand gehabt hat und Bestand hat und der Warschauer Pakt zerbrochen ist, darf aber am Ende dieses Prozesses die Sowjetunion nicht als der große Verlierer erscheinen. Ich darf an das erinnern, was Minister Eyskens zur psychologischen Situation in Europa gesagt hat. Ich will seine Ausführungen, denen ich voll zustimme, nicht wiederholen. Wir dürfen die Sowjetunion nicht an den Rand oder gar aus Europa herausdrängen. Denn — auch das hat Minister Eyskens zu Recht gesagt — **ohne die Sowjetunion wird es auf Dauer keinen Frieden und keine Sicherheit in Europa geben.** Wir müssen die Sowjetunion einbeziehen.

Das bedeutet allerdings auch, daß sich die Sowjetunion nicht selbst aus Europa hinauskatapultieren darf, daß sie keine Politik betreiben darf, die zur Isolierung führt. Hier sehe ich eine gewisse Gefahr bei der Haltung der Sowjetunion zur Mitgliedschaft des künftigen Deutschlands in der NATO, zuletzt wiederholt von Präsident Gorbatschow in Washington in der vergangenen Woche. Alle Redner gestern und heute hier in diesem Raum haben betont, **daß die Bundesrepublik in der WEU und auch in der NATO bleiben müsse,** auch die vergrößerte Bundesrepublik. Denn durch eine Vereinigung der beiden Deutschlands nach Art. 23 unseres Grundgesetzes wird kein neues Völkerrechtssubjekt, kein neuer Staat entstehen, sondern die Bundesrepublik wird bleiben; sie wird nur vergrößert und stärker, bedeutender sein. Es ist auch unsere Auffassung, daß das künftige Deutschland in der Integration bleiben sollte, auch in der militärischen Integration, jedenfalls solange wir noch kein besseres, Gesamteuropa umfassendes Sicherheitssystem erdacht, konzipiert und ausgeführt haben. **Es geht nicht, daß wir dieses Deutschland in der Mitte**

Europas neutral lassen. Wir können diesem Erdteil nicht den Frieden sichern, wenn sich ein Land in der Mitte Europas einmal auf die eine und einmal auf die andere Seite schlägt. **Wir können Europa nicht mit „wechselnden Mehrheiten" regieren.**

Man sollte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß im Gegensatz zum Warschauer Pakt, der — sieht man einmal von der Breschnew-Doktrin ab — ein reines Militärbündnis ist oder war, die NATO von vornherein janusköpfig war. Sie war von vornherein eine militärische und eine politische Organisation. Daher steht es voll und ganz im Einklang mit ihren Grundsätzen, wenn Minister Eyskens sagt, die NATO müsse zu einem Einigungsbündnis in Europa werden, auch um die psychologischen Hemmnisse und Sperren in der Sowjetunion zu überwinden.

Kollege Reddemann hat gestern darauf hingewiesen, daß wir ohne die Hilfe unserer westlichen Verbündeten, ohne die Hilfe insbesondere der hier vertretenen Staaten niemals in die Lage hätten versetzt werden können, über eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten nachzudenken und sie in greifbarer Nähe zu sehen. Wir werden auch die Zukunft nur gemeinsam meistern können. Man kann auch der künftigen Bundesrepublik nicht verwehren, ein Bündnis frei zu wählen. Ich darf — Sir Geoffrey hat es eben erwähnt — mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, zitieren, was dazu in der Schlußakte von Helsinki gesagt worden ist:

> Die Teilnehmerstaaten haben das Recht, internationalen Organisationen anzugehören oder nicht anzugehören, Vertragspartei bilateraler oder multilateraler Verträge zu sein oder nicht zu sein, einschließlich des Rechtes, Vertragspartei eines Bündnisses zu sein oder nicht zu sein, desgleichen haben sie das Recht auf Neutralität.

Das kann man keinem Staat, das kann man auch der künftigen Bundesrepublik nicht verwehren.

Herr Präsident, als im Herbst vorigen Jahres — Sie alle haben das am Fernsehen miterlebt — Hunderttausende von Deutschen in der DDR auf die Straße gingen und demonstrierten, zu einem Zeitpunkt, zu dem man noch nicht wußte, ob diese Demonstrationen nicht genauso enden würden wie seinerzeit am 17. Juni 1953 in Berlin, wie im Herbst 1956 in Budapest oder beim Prager Frühling, als dort die Menschen im letzten Herbst demonstrierten, haben sie nicht für die Bundesrepublik demonstriert. Sie wollten nur eines: die gleichen Rechte wie wir im Westen. Sie haben **für unsere westliche Wertordnung demonstriert:** für Freiheit, für Demokratie und für Menschenrechte.

Auch das fordert ganz eindeutig, daß man uns die Entscheidung, die ganz freie Entscheidung lassen muß, daß wir uns dorthin bekennen und uns dort zugehörig fühlen, wo uns diese Rechte wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft garantiert sind. — Schönen Dank.

Empfehlung 480

betr. die WEU im Atlantischen Bündnis

1. Die Versammlung erinnert daran, daß Artikel IV des geänderten Brüsseler Vertrags eine enge Verbindung zwischen den Aktivitäten der WEU und denen der NATO herstellt und daß die NATO der wichtigste Garant für die Sicherheit Europas bleibt, da die Abschreckungskraft der Vereinigten Staaten zugunsten Europas nur in ihrem Rahmen zur Geltung kommen kann.

Sie würdigt die Fortschritte bei der Rüstungsbegrenzung, wobei sie jedoch feststellt, daß die Sowjetunion die Verringerung ihrer Streitkräfte und Rüstung noch nicht entschlossen in Angriff genommen hat und nach wie vor die führende Militärmacht auf dem europäischen Kontinent ist.

Sie ist der Auffassung, daß sich die Sicherheitslage in Europa infolge des Demokratisierungsprozesses in Mittel- und Osteuropa und der Öffnung der Grenzen, insbesondere zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, grundlegend gewandelt hat.

Sie wünscht den raschen Abschluß der KSE-Verhandlungen, die Annahme eines neuen Mandats durch die KSZE zur weiteren Verringerung des Rüstungsniveaus, die Errichtung rein defensiver Militärsysteme und die umgehende Aufnahme von Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenwaffen.

Sie begrüßt die von der KSZE eingeschlagene Entwicklung und die in ihrem Rahmen unternommenen Anstrengungen zur Errichtung einer neuen Friedensordnung in Europa.

Sie ist der Ansicht, daß gegenwärtig im Rahmen der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und der Wiener Verhandlungen sowie in anderen Foren wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Europa ergriffen werden.

Sie ist der Auffassung, daß es angesichts der Beschleunigung der Ereignisse in Europa und der neuen Art der Sicherheitsprobleme angebracht ist, die Pläne für eine europäische Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit voranzutreiben.

Sie vertritt die Ansicht, daß die Rolle der Länder Westeuropas bei der Ausarbeitung dieser Pläne auf Grund dieser neuen Umstände verstärkt werden sollte, was eine engere Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedstaaten erforderlich macht.

Sie empfiehlt daher dem Rat, alles zu unternehmen, um die amerikanische Regierung in ihrem Bestreben, die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Gestaltung der Sicherheit Europas zu erhalten und zu verstärken, zu unterstützen und insbesondere

a) seine Rolle als europäischer Pfeiler des Bündnisses, insbesondere durch eine räumliche Annäherung des Sitzes seiner ministeriellen Organe an den Sitz der NATO zu bekräftigen;

b) die Mitgliedstaaten, die nicht der integrierten Kommandostruktur der NATO unterstellt sind, zur Prüfung der Frage aufzufordern, inwieweit die neue Lage und die neue von der NATO zu übernehmende Rolle es ihnen ermöglicht, ihre Streitkräfte enger an einer gemeinsamen Stationierung zu beteiligen;

c) die Versammlung regelmäßig über die demnächst beginnende Diskussion über die Umgestaltung, die Rolle und die Zukunft der NATO im Zusammenhang mit der Umwandlung der Militärpakte in politische Bündnisse infolge der Vereinbarungen über den Rüstungsabbau zu unterrichten;

d) seine Beziehungen zu den europäischen Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses, die gegenwärtig nicht der WEU angehören, zu intensivieren;

e) für ausreichende Anstrengungen der Mitgliedstaaten auf militärischem Gebiet zu sorgen, damit das Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte zwischen dem Westen und der Sowjetunion gewährleistet ist und zu diesem Zweck

f) die Stärke der Streitkräfte festzulegen, die jeder Mitgliedstaat unter Übernahme einer entsprechenden Verpflichtung in den Dienst der gemeinsamen Verteidigung stellen wird und diese Verpflichtungen im Lichte der künftigen KSE-Vereinbarungen zu überprüfen;

g) die bestmögliche Sicherheit für Westeuropa mittels der geringstmöglichen Stationierungsstärke zu gewährleisten und unverzüglich die Voraussetzungen für die Schaffung multinationaler Einheiten zu prüfen;

h) eine gerechte Verteilung der Lasten und Verantwortlichkeiten im Bündnis und zwischen den WEU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer allgemeinen Verringerung der Militärausgaben und des Rüstungsniveaus herbeizuführen.

2. Die Versammlung hält es für erforderlich, daß das vereinte Deutschland nicht neutral wird, daß es in die Europäische Gemeinschaft integriert wird und vollberechtigt an einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem mitwirkt, sobald die KSZE ein solches errichtet hat und daß für eine Übergangszeit Lösungen gefunden werden, die für alle an der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und des Friedens in Europa interessierten Parteien annehmbar sind.

   Ebenso vertritt sie die Ansicht, daß das vereinte Deutschland die Grenzen zu seinen Nachbarn, so wie sie sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben haben und durch die Vereinbarungen von Helsinki anerkannt worden sind, feierlich anerkennen muß.

   Sie empfiehlt daher dem Rat, die Suche nach einem Status für das vereinte Deutschland zu fördern, der seine Beteiligung an einem System der kollektiven Sicherheit Westeuropas gewährleistet und der Sowjetunion und den Ländern Mittel- und Osteuropas die für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Streitkräfte und den Fortschritt bei künftigen Verhandlungen über Frieden und Abrüstung erforderlichen politischen und militärischen Garantien gibt.

   Weiterhin empfiehlt sie dem Rat, in bezug auf die Fragen, die bei den Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier unmittelbar betroffenen Mächten über den Status Deutschlands auf der Tagesordnung stehen, eine zwischen seinen Mitgliedern abgestimmte Haltung zu gewährleisten.

3. Die Versammlung ist der Auffassung, daß auf Grund der jüngsten Entwicklungen in gewissen außereuropäischen Ländern, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, neue Gefahren für den Weltfrieden und die Sicherheit Europas drohen. Sie stellt fest, daß das Atlantische Bündnis gegenüber diesen Gefahren nicht die erforderlichen Garantien vorsieht, daß aber die Initiativen, die Europa zu ihrer Bewältigung ergreifen kann, zur Stärkung des Vertrauens der Amerikaner in die Funktionsfähigkeit des Bündnisses beitragen.

   Deshalb empfiehlt sie dem Rat, regelmäßig eine Bewertung aller Gefahren, die die Sicherheit Europas bedrohen können, vorzunehmen und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse seiner Arbeiten im Hinblick auf die Sicherheit im Mittelmeerraum zu unterrichten.

4. Die Versammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Schwierigkeiten, vor denen die KSE-Verhandlungen insbesondere im Zusammenhang mit der Stärke der Luftstreitkräfte zum gegenwärtigen Zeitpunkt stehen, rasch überwunden werden, daß noch 1990 eine Vereinbarung getroffen wird und vor Ablauf des Jahres neue Verhandlungen beginnen, damit der Abbau des Streitkräfte- und Rüstungsniveaus in Europa beschleunigt wird.

   Sie begrüßt die Initiativen des Rats im Hinblick auf ein koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten bei der Durchführung einer Vereinbarung „Offener Himmel" und zur Gewährleistung der Wirksamkeit der Verifikationsmaßnahmen.

   Sie empfiehlt dem Rat, zum Erfolg der Abrüstungsverhandlungen beizutragen und eine aktive Beteiligung der Mitgliedstaaten an der Überprüfung der Einhaltung der zukünftigen Vereinbarungen durch folgende Maßnahmen zu erleichtern:

   a) rasche Entscheidung zugunsten des gemeinsamen Baus und der gemeinsamen Nutzung von Beobachtungssatelliten;

   b) Erweiterung des am 23. April 1990 in Brüssel getroffenen Beschlusses, damit ein ständiger Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über die Ergebnisse der von jedem einzelnen Mitgliedstaat durchgeführten Verifikationsmaßnahmen organisiert wird;

   c) Aufbau einer Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und soweit möglich anderen europäischen NATO-Mitgliedstaaten bei der

Ausbildung des zur Durchführung dieser Maßnahmen erforderlichen Personals.

5. Die Versammlung stellt fest, daß die Sicherheit Westeuropas nach wie vor durch die Anwendung von Artikel IV des geänderten Brüsseler Vertrags gewährleistet ist.

   Sie empfiehlt daher dem Rat, für diese Sicherheitsgarantie Sorge zu tragen und sicherzustellen, daß die Mitgliedstaaten sich für den raschen Abschluß der ersten Phase der Wiener Verhandlungen über konventionelle Abrüstung einsetzen und mit Nachdruck auf der sofortigen Aufnahme der „Wien II"-Verhandlungen bestehen.

6. Die Versammlung stellt fest, daß die Begrenzung der Streitkräfte und der Rüstungen in Europa zu einer Verringerung der Rüstungsproduktion und der Truppenstärke der nationalen Streitkräfte führen wird.

   Sie empfiehlt daher dem Rat, seinem Mandat zu entsprechen und endlich den erforderlichen Anstoß zur Herbeiführung der Interoperabilität der von der NATO verwendeten Rüstungsgüter zur Standardisierung und zur gemeinsamen Rüstungsproduktion durch die Mitgliedsländer zu geben und zu diesem Zweck

   a) eine Beurteilung der Erfordernisse der Sicherheit Europas auf diesem Gebiet für die Zeit der Umsetzung der KSE-Vereinbarungen vorzunehmen;

   b) eine Verständigung zwischen den Rüstungsbetrieben der Mitgliedstaaten zu fördern, insbesondere durch eine Annäherung der diesbezüglichen nationalen gesetzlichen Vorschriften, so wie es der Ständige Rüstungsausschuß der WEU in seiner Studie aus dem Jahr 1982 vorgeschlagen hat;

   c) vom WEU-Institut für Sicherheitsstudien vorrangig die Frage der wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer möglichen verringerten Aktivität der Rüstungsindustrie und eines Abbaus des im Verteidigungsbereich beschäftigten Personals untersuchen zu lassen.

   Sie empfiehlt dem Rat, Maßnahmen zu ergreifen, um sich auf die Veränderung der Militärstrategien und -doktrinen einzustellen und sich an die neue Lage in Europa anzupassen: Die bestehende Strategie der Vorneverteidigung und der flexiblen Antwort in Europa muß unter Aufrechterhaltung eines Defensivpotentials überprüft werden und angesichts dieser Gegebenheiten muß die Stationierung der Streitkräfte möglicherweise geändert werden.

   Sie begrüßt die von Präsident Bush und der Nuklearen Planungsgruppe der NATO getroffene Entscheidung, die Entwicklung des „Lance"-Programms einzustellen und auf jede weitere Modernisierung der Gefechtsköpfe der in Europa stationierten amerikanischen nuklearen Artillerie zu verzichten; darin kommt der Wille und die Fähigkeit des Bündnisses zum Ausdruck, in einer Situation des raschen Wandels die Initiative zu ergreifen.

7. Die Versammlung begrüßt es, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten nunmehr zu einem Meinungs- und Informationsaustausch mit dem Westen über Fragen der Verteidigung und der Sicherheit bereit sind.

   Sie empfiehlt daher dem Rat, zur Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Ländern Ost- und Mitteleuropas und denen Westeuropas gemäß seinem Beschluß vom 23. April 1990 den Informationsaustausch mit geeigneten Gremien der Sowjetunion und der Länder Ost- und Mitteleuropas über die Fragen der Sicherheit, der Abrüstung und der Verifikation mit Unterstützung des WEU-Instituts für Sicherheitsstudien durchzuführen.

8. Die Versammlung begrüßt die Bemühungen des Rates, den Inhalt seiner Arbeiten in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Sie stellt mit Befriedigung fest, daß der Rat ihr zum ersten Mal ein Dokument der IEPG vorgelegt hat, in dem diese ihn über ihre Aktivitäten unterrichtet. Sie vertritt dennoch die Ansicht, daß diese Politik der Offenheit noch unzureichend und dem Zusammenhalt in der NATO abträglich ist.

   Sie empfiehlt daher dem Rat, die Öffentlichkeit umfassender über die Arbeiten und die Arbeitsergebnisse der ihm nachgeordneten Organe zu informieren. Ferner empfiehlt sie ihm, die Präsidentschaft der IEPG aufzufordern, regelmäßig der Versammlung selbst über ihre Aktivitäten Bericht zu erstatten.

9. Die Versammlung stellt fest, daß infolge der Beschlüsse des Rates hinsichtlich der Abschaffung der Rüstungskontrollen und des Ständigen Rüstungsausschusses die Beziehungen zwischen den ministeriellen Organen der WEU und der NATO de facto zurückgegangen sind. Sie begrüßt die vom Rat eingeleiteten Schritte zur Entwicklung neuer Formen von Kontakten.

   Sie empfiehlt ihm jedoch, zu der Praxis zurückzukehren, die NATO-Behörden um eine Stellungnahme zu ersuchen in bezug auf Fragen, die sich aus den Empfehlungen der Versammlung oder aus schriftlich vorgelegten Fragen ihrer Mitglieder ergeben und im Zuständigkeitsbereich der NATO-Behörden liegen.

Tagesordnungspunkt:

Wien, die Abrüstung und die Westeuropäische Union

(Drucksache 1223)

Berichterstatter: Abg. Lord Newall (Großbritannien)

Dr. Feldmann (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Berichterstatter, unserem Kollegen Lord Newall aus dem Verteidigungsausschuß, für den guten und informativen Bericht danken, der uns sicher weiterhelfen wird. Ich möchte eine Bemerkung zu Kapitel VI „The way ahead" machen. Ich unterstütze voll die Bemühun-

gen, **Wien 2 unmittelbar auf Wien 1 folgen zu lassen,** damit der Schwung und der Abrüstungswille nicht erlahmen.

Wir müssen hier aber auch sehr konkret vorgehen und uns bemühen, klare Ziele zu setzen. Am Ende von Wien 1 sollte der Beschluß stehen, bis zur übernächsten KSZE-Konferenz im Jahre 1992 Wien 2 abzuschließen. Bis dahin müssen Ergebnisse vorliegen. Es wäre gut, wenn wir konkret einen Beschluß in diesem Sinne fassen könnten.

Die Abrüstungsverhandlungen in Wien sollten weiterhin zu **gesamteuropäischen Abrüstungsverhandlungen** erweitert werden. Die im Augenblick noch bestehende Teilung zwischen den 35 und den 23 sollte aufgehoben werden. Wir sind für eine **gemeinsame gesamteuropäische Initiative.**

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis zu den **Wiener Verifikationsgedanken.** Die in Wien vorgetragenen und besprochenen Verifikationsgedanken sind etwas breiter angelegt als diejenigen, die der Berichterstatter hier herausgearbeitet hat. Die Wiener Inspektions- und Verifikationsgedanken gehen insofern weiter, als sie auf ausgiebigem und breitem Informationsaustausch beruhen und diesen als Bestandteil der Verifikation ansehen und sogar die anschließende Vor-Ort-Inspektion der zu zerstörenden Waffen einschließen. Das ist ein wesentlicher Punkt des breit angelegten Verifikationsgedankens.

Selbstverständlich stellt sich auch das **Problem der Luft-Inspektion.** Diesbezüglich sind wir nach den erfolglosen Versuchen, open sky zu erreichen, alle etwas desillusioniert worden.

Ein Wort noch zu der heute von verschiedenen Rednern mehrfach angesprochenen **zögerlichen Haltung der Sowjetunion in Wien.** Seit Beginn der Wiener KSZE-Konferenz hat sich die Situation total verändert. Wir müssen uns bei Abrüstungsgesprächen und bei Friedensbemühungen auch darum bemühen, die Interessen der anderen Seite mit zu berücksichtigen. Es reicht nicht, wenn wir komplizierte Sicherheitsfragen immer nur aus der eigenen engen Perspektive sehen. Wir müssen uns immer darum bemühen, auch die Perspektive des potentiellen Gegners mit einzubeziehen. Erst dann kommen wir meines Erachtens zu realistischen Bildern und zu einer objektiven Bewertung. Ziel aller unserer Bemühungen ist es ja, zu Stabilität und Frieden in Europa zu kommen. Dabei dürfen wir die Gedanken und die Interessenlage des anderen nicht außer acht lassen.

Für die Sowjetunion hat sich die Situation seit Beginn der KSZE-Konferenz in Wien total verändert. Ungarn kann nicht mehr dem Warschauer Pakt zugerechnet werden, ebenso nicht die CSFR, Polen und natürlich auch nicht mehr die DDR. Zweifellos muß sich die Sowjetunion immer wieder überlegen, wie jetzt ihr eigener Pakt, von dem der polnische Kollege vorhin gesagt hat, er existiere noch, aber sei nicht mehr effektiv, aussieht. Wenn sich die Sowjetunion überlegt, wie sich ihre eigene Situation in dieser Hinsicht darstellt, ist ein Zögern zweifellos verständlich.

Aber das darf uns nicht daran hindern, selbst unseren Beitrag für erfolgreiche Verhandlungen in Wien zu leisten. Auch die NATO, auch der Westen ist verantwortlich für ein schnelles und gutes Ergebnis in Wien. Die NATO hat ja auch auf dem militärischen Gebiet Bewegung gezeigt. Allerdings werden wir uns auf dem politischen Gebiet wohl noch etwas mehr Bewegung leisten können beziehungsweise müssen.

Ein Wort noch zu den Bedenken — sie sind heute auch mehrfach geäußert worden — gegen die **Institutionalisierung des KSZE-Prozesses.** Niemand will eine neue Bürokratie, niemand will eine Eurobürokratie. Niemand will ein neues Instrument nur um des Instrumentes willen haben.

Die Institutionalisierung des KSZE-Prozesses ist jedoch eine europäische Pflichtaufgabe. Das ist ein Muß, an dem wir nicht vorbeikommen werden.

In diesem Zusammenhang werden wir unsere Phantasie anstrengen und realistische Perspektiven entwikkeln müssen. Es hat keinen Sinn — das wird uns nicht weiterbringen —, uns auf alte Positionen zurückzuziehen, die wir alle mittlerweile so schön liebgewonnen haben. Das wird nicht reichen, wenn wir wirklich Stabilität und Frieden in Europa sichern wollen.

Bisher hatten wir Stabilität, weil wir zwei Blöcke in Europa haben. In Zukunft werden wir uns Stabilität erarbeiten müssen; denn wir sind **auf dem Wege von der Konfrontation zur Kooperation,** und zwar nicht nur auf wirtschaftlichem, technologischem und kulturellem Gebiet. Vielmehr sind wir auch auf dem Wege zur Kooperation im Bereich der Sicherheitspolitik.

Weil es ein gutes Vertragswerk ist, müssen wir den KSZE-Prozeß institutionalisieren und sowohl unsere amerikanischen Partner wie auch unsere bisherigen sowjetischen potentiellen militärischen Gegner mit einbeziehen. Wir werden ein zukünftiges stabiles Europa des Friedens nur bauen können, wenn wir sowohl die amerikanischen Partner wie auch die bisherigen sowjetischen Gegner, der aber eine europäische Macht ist, einbeziehen. Deswegen sind auch die **Gedanken eines europäischen Sicherheitsrates** nicht vom Tisch zu wischen. Ein **europäisches Konfliktschlichtungszentrum** und selbstverständlich das in diesem Report angesprochene **europäische Verifikationszentrum** gehören dazu.

Meine Damen und Herren, wir können es uns nicht leisten, die Sowjetunion aus Europa herauszudrängen. Wir müssen die Sowjetunion vielmehr nach Europa hineinziehen; denn das ist in unser aller Interesse. Die Entwicklung in der Sowjetunion kommt unseren europäischen Interessen entgegen. Die Sowjetunion ist dabei, sich zu öffnen, sich zu demokratisieren und Pluralismus zu ermöglichen. Auf diesem Wege sollten wir die Sowjetunion ermutigen und sie in Europa einbinden, damit sie auch nach Gorbatschow keine chinesischen oder anderen, nicht europäischen Weg sucht.

Um dieses Ziel einer stabilen europäischen Friedensordnung zu erreichen — was nur mit amerikanischer und sowjetischer Beteiligung geht —, sollten wir auch dieses europäische Verifikationszentrum als ein hilfreiches und wichtiges Instrument betrachten. — Vielen Dank.

Die Rede des Abg. **Meisel** *(Beobachter DDR-Neues Forum) ist im Anhang S. 31 abgedruckt.*

Empfehlung 481

betr. Wien, die Abrüstung und die Westeuropäische Union

Die Versammlung

(i) begrüßt die jüngsten Entwicklungen in Europa, die einen aufsehenerregenden Abbau der Spannungen zwischen Ost und West versprechen;

(ii) ist dennoch der Ansicht, daß die Schaffung dauerhafter Sicherheit weitgehend von unverzüglich zu ergreifenden Entscheidungen abhängt;

(iii) ist sich bewußt, daß die demokratische Entwicklung in den mitteleuropäischen Ländern von wachsenden Schwierigkeiten bedroht ist, deren Ursachen interne oder durch traditionellen Nationalismus bedingte Probleme sind;

(iv) vertritt die Überzeugung, daß Fortschritte bei den Wiener Verhandlungen sowohl über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) als auch über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) eine grundlegende Voraussetzung für Stabilität und Sicherheit in Europa sind;

(v) betont die Notwendigkeit, die Rüstungskontrollverhandlungen unmittelbar nach der Unterzeichnung des ersten KSE-Vertrags fortzusetzen;

(vi) ist überzeugt, daß weitere Rüstungs- und Streitkräftereduzierungen in Europa wünschenswert sind, daß sie jedoch gemeinsam und nicht einseitig beschlossen werden müssen;

(vii) stellt fest, daß zwischen den Mitgliedsländern der WEU und einer zunehmenden Zahl der Warschauer-Pakt-Staaten übereinstimmende Ansichten über Rüstungskontrolle bestehen;

(viii) stellt fest, daß nur wenige Länder im Osten wie im Westen weiterhin über die erforderlichen Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Verteidigungsausgaben verfügen;

(ix) ist entschlossen, die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich zu erweitern, vor allem im Hinblick auf die Rüstungskontrolle und insbesondere die Verifikation der geschlossenen Abkommen;

(x) begrüßt es, daß die Mitgliedsländer der NATO in Wien eine Reihe von Maßnahmen vorgelegt haben, die für die Verhandlung des bevorstehenden KSE-Vertrags richtungsweisend sind;

(xi) bedauert, daß der Rat den vom französischen Ministerpräsidenten am 7. September 1989 unterbreiteten Vorschlag im Hinblick auf die Erstellung eines besonderen Programms für sofortige Zusammenarbeit im Abrüstungs- und Verifikationsbereich durch die WEU nicht aufgenommen hat;

(xii) fühlt sich jedoch ermutigt durch den am 23. März 1990 vom Außenminister der Bundesrepublik Deutschland unterbreiteten Vorschlag, ein europäisches Verifikationszentrum einzurichten, womit die zuvor von Frankreich geäußerten Vorstellungen über die Notwendigkeit von Transparenz und gegenseitiger Öffnung aufgegriffen werden;

(xiii) verweist darauf, daß die Empfehlung 465 die Errichtung einer europäischen satellitengestützten Kontrollagentur vorgeschlagen hat, die der Unterstützung der von den einzelnen Mitgliedsländern beschlossenen Verifikationsmaßnahmen dienen soll;

(xiv) begrüßt es, daß der Rat die Möglichkeit eines Beitrags der WEU zum KSE-Verifikationssystem prüft auf der Grundlage der Erweiterung der europäischen Kapazitäten und der Bündelung der Stärken aller Mitgliedstaaten;

(xv) ist von der dringenden Notwendigkeit der Einrichtung eines europäischen Verifikationszentrums überzeugt und stellt fest, daß dessen Mittelpunkt die WEU sein sollte und sich alle anderen Staaten (Unterzeichnerstaaten des bevorstehenden KSE-Vertrags) daran beteiligen können, sofern sie dies wünschen;

(xvi) schlägt vor, daß der amtierende Ratspräsident gemeinsam mit dem Generalsekretär, sowohl mit den Mitgliedsländern als auch mit anderen interessierten Staaten aus Ost und West, unverzüglich Verhandlungen über deren Beteiligung an den Aktivitäten dieses Zentrums aufnehmen sollte, sofern diese Staaten die erforderlichen Bedingungen erfüllen;

empfiehlt dem Rat,

unter der Schirmherrschaft der WEU die erforderlichen Maßnahmen für die Errichtung eines Europäischen Verifikationszentrums zu ergreifen und alle Staaten in Ost und West, sofern sie die erforderlichen Bedingungen erfüllen, aufzufordern, sich daran zu beteiligen.

Donnerstag, 7. Juni 1990

Tagesordnungspunkt:

Ansprache von Verteidigungsminister Guy Coëme (Belgien)

(Themen: Folgen der neuen sicherheitspolitischen Lage in Europa — Europäisierung der NATO-Strukturen — Integration der Sicherheitspolitik der EG-Mitgliedstaaten — Kooperation auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie in Europa)

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Minister, zunächst möchte ich Ihnen für den Beitrag danken, den die belgische Regierung im Vorsitz im Ministerrat der Westeuropäischen Union geleistet hat, Ihr Kollege Eyskens ebenso wie Sie selbst: durch Vorschläge im Bereich der ver-

trauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, im Bereich des KSZE-Prozesses. Sie sprachen davon — hier knüpfe ich an das an, was Ihr Kollege Eyskens gestern gesagt hat —, daß die **Bildung einer europäischen sicherheitspolitischen Identität** jetzt sehr viel konkretere Maßnahmen verlangt. Sie sprachen in ihrer Rede u. a. davon, daß ein solches Vorgehen bei den Großmächten natürlich Mißtrauen hervorrufen würde, in Moskau sicherlich ein größeres als in Washington. Aber auch dort gäbe es gewiß Mißtrauen. Ich glaube, es ist nicht das größere Stirnrunzeln in Moskau oder das kleinere in Washington, das die Probleme einer sicherheitspolitischen Identität erschwert, sondern es sind die nationalen Vorbehalte der Europäer selbst. Meine Frage ist, was Sie konkret vorschlagen, um die nationalen Vorbehalte, seien es deutsche, französische, britische, italienische oder andere, zu überwinden, damit eine solche sicherheitspolitische Identität im Rahmen einer politischen Union Europas entsteht.

*In seiner Antwort führte **Verteidigungsminister Coëme** aus, daß für die Einberufung einer KSZE-Konferenz der erfolgreiche Abschluß der Wiener Abrüstungsverhandlungen Bedingung sei. Das Ziel der Errichtung einer gesamteuropäischen Friedensordnung setze zunächst die Schaffung einer westeuropäischen sicherheitspolitischen Identität voraus. Die Europäische Gemeinschaft und die WEU seien aufgerufen, den europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken.*

Tagesordnungspunkt:

Ansprache von Außenminister Geza Jeszenszky (Ungarn)

(Themen: Beteiligung Ungarns an der Errichtung einer gesamteuropäischen Friedensordnung — Minderheitenschutz — KSZE-Prozeß — Besonderer Gaststatus für Ungarn in der WEU)

Tagesordnungspunkt:

Beobachtungssatelliten — eine europäische Möglichkeit zur Verifikation der Abrüstung — Richtlinien des Symposiums

(Drucksache 1230)

Berichterstatter: Abg. Lenzer (Bundesrepublik Deutschland)

Lenzer (CDU/CSU): Frau Präsidentin, ein etwas sorgenvoller Blick auf die Uhr zeigt mir, daß wir nicht mehr allzuviel Zeit haben. Ich werde mich deshalb bemühen, mich bei der Vorstellung dieses Berichtes, den ich hier heute im Namen des Ausschusses für Technologie und Raumfahrt erstatte, kurz zu fassen.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich zunächst herzlich für die Unterstützung bedanken, die uns bei der Abfassung dieses Berichtes von verschiedenster Seite zuteil wurde. Ich möchte mich für die Beiträge der Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft bedanken, welche anläßlich unseres Symposiums geleistet wurden, das der Ausschuß am 27. und 28. März dieses Jahres in Rom veranstaltet hat. Da ich weiß, daß viele von Ihnen heute als Zuhörer unter uns sind, gilt Ihnen von dieser Stelle aus nochmals mein ganz herzlicher Dank.

Mein Dank gilt ebenfalls dem Ausschußsekretariat und letztlich auch dem Präsidenten unseres Ausschusses, dem sehr geschätzten Kollegen Stegagnini. Ich darf mich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen dafür bedanken, daß der Entwurf der Empfehlungen im Ausschuß einstimmig verabschiedet werden konnte. Ich glaube, das zeigt, daß wir es uns bei unseren Diskussionen nicht leichtgemacht haben. Wir haben einen Konsens gefunden, der vielleicht auch für die zukünftige Arbeit der Westeuropäischen Union von Bedeutung sein kann.

Es ist ja nicht das erste Mal, daß sich die Versammlung der Westeuropäischen Union mit der **Fragestellung eines eigenständigen Verifikationssystems** beschäftigt, um als selbständiger Partner in der internationalen Zusammenarbeit ernstgenommen zu werden. Wir hatten bereits auf unsere Empfehlungen 465 und 466 am 30. Januar des vergangenen Jahres eine Antwort des Ministerrates erhalten, von der ich freimütig sagen möchte, daß sie uns nicht ganz befriedigt hat.

In der Zwischenzeit ist die Diskussion aber weitergeführt worden. Die politische Entwicklung vor allen Dingen in Ostmitteleuropa und Osteuropa ist weitergegangen. So ist mittlerweile im Ministerrat doch Konsens erreicht worden. Der Ministerrat arbeitet an der Fragestellung, daß ein satellitengestütztes Verifikationssystem mit verschiedensten Aufgaben, zu denen ich gleich noch kurz etwas sagen möchte, erarbeitet werden soll. Es ist ein Unterausschuß eingesetzt worden, der sich mit dieser Fragestellung befaßt, der auch in diesen Tagen wiederum tätig ist und dessen Ziel es ist, in einer absehbaren Zeit auch über die technische Auslegung eines solchen Systems zu entscheiden.

Ich möchte mich, obwohl wir ja ein mehr technisch-wissenschaftlich ausgerichteter Ausschuß sind, heute mit diesen Fragen nicht beschäftigen. Ich will mich auch mit der Frage der Kosten nicht beschäftigen. All dies bewegt sich noch sehr stark im Spekulativen. Über die Frage der Kosten z. B. kann man erst dann belastbare Aussagen machen, wenn man weiß, was das erwähnte System leisten soll. Ich verweise in diesem Zusammenhang deshalb auf die sehr detaillierten Ausführungen im Bericht.

Der Bericht ist, wie ich glaube, doch mehr ein politischer Bericht, der sich zwar mit einem technischen System und dessen politischem Beitrag beschäftigt, der aber in erster Linie — ich betone es noch einmal — politisch fundiert ist. Gestatten Sie mir vor diesem Hintergrund einige Anmerkungen zu machen. Die **politischen Umwälzungen in Osteuropa,** aber auch gerade in meinem Heimatland, in Deutschland, sowie die tiefgreifenden Neuerungen im Ost-West-Verhältnis haben die Rahmenbedingungen europäischer Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend verändert. Dies haben wir gerade eben auch den Beiträgen der Herren Minister entnehmen können. Der Ost-West-Konflikt klingt ab und ändert seinen Charakter. Zwar sind militärische Konflikte auch in Zukunft nicht völlig

auszuschließen, doch werden große Kriege unwahrscheinlicher als bisher. Zugleich steigt die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die von Nationalismen und Autonomiebewegungen, von ethnischen Rivalitäten ausgehen. Ihre Entstehung ist vom Ost-West-Konflikt unabhängig, wenngleich sie auch auf diesen übergreifen können.

Abrüstung und Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen und Kooperation prägen zunehmend das Ost-West-Verhältnis und überlagern den abklingenden Antagonismus. Bei dieser Entwicklung müssen die europäischen Staaten, gerade die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union, aber auch die Europäische Gemeinschaft eigene Verantwortung für die **Gestaltung einer neuen Friedensordnung in Europa** übernehmen.

Sicherheit besteht im Europa der Zukunft jedoch nicht mehr nur aus dem Schutz vor großen Kriegen zwischen Ost und West. Es zeichnen sich **neue Herausforderungen** zum Teil globaler Natur ab, die heute die Sicherheit Europas gefährden und deren sich eine vorausschauende Friedenspolitik annehmen muß. Ich nenne als Beispiel Umweltbedrohungen, den grenzüberschreitenden Terrorismus, den weltweiten Drogenhandel sowie die Verbreitung gefährlicher Technologien wie chemischer Waffen und Nuklearwaffen sowie Raketentechnologien, die von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in unberechenbarer Weise eingesetzt werden könnten.

Die Mitgliedstaaten der WEU stehen vor der Aufgabe, ihr technologisches, ökonomisches und politisches Potential zu nutzen, um in diesen Bereichen eine **vorausschauende Friedenspolitik** zu betreiben. Ihre Fähigkeit zur Nutzung des Weltraums bietet ihnen neue Instrumente und Möglichkeiten, einen eigenen europäischen Beitrag zur vorsorgenden Krisenbewältigung, zur effektiven Rüstungskontrolle, zum Schutz vor Umweltgefahren und vor neuen Bedrohungen von außerhalb Europas zu leisten.

Angesichts der Umbrüche in Osteuropa und in der Sowjetunion wird es notwendig sein, neue sicherheitspolitische Aktivitäten und Institutionen von Anfang an an den bündnisübergreifenden, KSZE-weiten Dimensionen zu orientieren. Es ist in dieser Situation vor allem erforderlich, kooperationswillige Staaten nicht durch das Errichten unnötiger politischer und administrativer Hürden auf Dauer von Ansätzen gemeinsamer Sicherheitswahrung auszuschließen. Dies gilt in besonderem Maße auch im Bereich der Verifikation von Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen.

Wir kommen in dem vorliegenden Bericht zu der Erkenntnis, daß die Raumfahrttechnik eine neue Dimension der globalen Beobachtung der Erde sowie der regionalen und lokalen Erkundung erschlossen hat. Die Erdbeobachtung mit Hilfe von Sensoren im Weltraum — ob es nun optische oder Radarsensoren sind — bietet den Zugang zu einem breiten Spektrum von Daten und Informationen, die in vielfältiger Weise sowohl im zivilen Bereich als auch im Bereich der Sicherheit und Verteidigung genutzt werden können.

Mit Blick auf künftige weiterreichende Abrüstungsschritte ist **für die europäischen Staaten der eigenständige Zugang zu Beobachtungs- und Überwachungsfähigkeiten am Boden, aus der Luft und auch aus dem Weltraum von großer Bedeutung** für eine aktive und verantwortliche Teilnahme am Prozeß der Rüstungskontrolle, Abrüstung und gegenseitigen Vertrauensbildung durch verläßliche Überprüfung und Verifikation. Eigene Erkenntnismittel im Weltraum können als eine wichtige Ergänzung der gegenwärtig realisierbaren kooperativen Verifikationsmaßnahmen den Staaten Europas zu Informationen verhelfen, die sie für die Sicherung des stetigen und stabilen Fortgangs der Abrüstung und die politische Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa benötigen.

Die Raumfahrtprogramme sind langfristig angelegt und verhältnismäßig teuer. Neue Weltraumaktivitäten bedürfen daher im Parlament und auch gegenüber der Öffentlichkeit stets einer besonders sorgfältigen Rechtfertigung. Die Investitionen im Weltraum und am Boden müssen einen deutlich absehbaren und bleibenden Nutzen für die gesicherte politische und wirtschaftliche Stellung Europas in der internationalen Gemeinschaft mit sich bringen. Dies gilt in verstärktem Maß im Hinblick auf die Frage eines **europäischen Beobachtungssatellitensystems** mit dem Ziel, einen Beitrag zum verbesserten Schutz des Friedens und der Lebens- und Umweltbedingungen in Europa zu leisten.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir sind bei unseren Empfehlungen davon ausgegangen, daß es bei den Verhandlungen in Wien noch in diesem Jahr zu nennenswerten Vereinbarungen über konventionelle Abrüstung kommen wird, daß die europäischen Staaten hierzu einen wesentlichen eigenen Beitrag geleistet haben und daß folglich auch das Bedürfnis nach Verifikation und Austausch von Informationen wachsen wird. Wir wissen weiterhin, daß gerade satellitengestützte Systeme in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden. Sie können z. B. Verifikationsmaßnahmen auch dann sicherstellen, wenn sich ein betroffener Staat derartigen Maßnahmen — etwa Inspektionen vor Ort — und anderen Überprüfungsmaßnahmen verweigern würde. Sie können auch Gebiete beobachten, wo möglicherweise unerwartete neue Bedrohungen entstehen.

Wir wissen andererseits — das ist nie bezweifelt worden, auch nicht von den Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft bei dem Symposium in Rom —, daß wir, die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union, und andere Staaten darüber hinaus, über die wissenschaftlichen, technischen und industriellen Kapazitäten verfügen, um ein solches System zu realisieren. Ich kann in diesem Zusammenhang auf die European Space Agency als Managementorganisation und ihre großen internationalen Programme verweisen. Ich kann auch auf das in Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Italien und Spanien laufende HELIOS-Projekt verweisen. Ich kann weiterhin auf die Ergebnisse der verschiedenen Spot-Satellitenprogramme hier in Frankreich und auf das EUKLID-Programm innerhalb der europäischen unabhängigen Planungsgruppe verweisen.

Wir kommen zu der Empfehlung, dieser Versammlung vorzuschlagen, es zu billigen, daß die Westeuropäische Union so bald wie möglich eine Agentur einrichten möge, die Satellitenbilder verarbeitet und zu entsprechenden Informationen umsetzt.

Unsere zweite Empfehlung ist die, daß diese Versammlung billigen möge — beiden Empfehlungen liegen übrigens einstimmige Voten des Ausschusses zugrunde —, daß wir eine voll funktionierende und umfassende europäische Satelliten-Verifikationsmöglichkeit mit optischen Sensoren, mit dem dazugehörigen Bodensegment, mit Radarsensoren und schließlich auch einem Datenübertragungssatelliten in Angriff nehmen sollten. Ich bitte Sie — auch im Namen des Ausschusses — ganz herzlich, diesen Empfehlungen zuzustimmen, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Klejdzinski (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Kollege Lenzer hat einen ausgezeichneten Bericht vorgelegt, der die Notwendigkeit einer satellitengestützten Überwachungstechnologie hinreichend belegt. Wenn ich hinreichend sage, dann deshalb, weil darin neben dem technischen Unterbau die politische Dimension als Priorität formuliert wird. Diese Priorität wird deutlich mit der Feststellung, daß ein anwendbarer KSE-Vertrag weitreichende Vereinbarungen über Verifikation und Informationsaustausch als vertrauensbildende Maßnahme enthalten muß.

Richtigerweise wird in dem Bericht für Satellitensysteme plädiert, weil diese — neben kooperativen Maßnahmen, von denen der eine oder andere gelegentlich meint, daß sie geeignet seien — ohne Kooperation über Gebieten eingesetzt werden können, die man beobachten will.

Eine eigenständige europäische Satellitenkapazität wird deshalb gefordert, weil nur diese ungefilterte Datenströme liefern kann, die zur Beurteilung der eigenen Sicherheitslage und der Fortschritte der Abrüstung unerläßlich sind. Die Friedensstärke und die Präsenzstärke von Streitkräften, der Bereitschaftsgrad und die Bereitschaftshöhe sind direkt davon abhängig, wie verläßlich und schnell Informationen zur Krisenvorsorge vorhanden sind.

Wenn ich von eigenständiger Satellitenkapazität spreche, dann meine ich nicht nur die kreisenden Satelliten, sondern auch die notwendigen Bodeneinrichtungen, die die Datenflut sichten, speichern, organisieren und interpretieren müssen.

Die Empfehlung, eine WEU-Agentur für die Verarbeitung und Auswertung von Satellitenbilddaten einzurichten, hat meine Unterstützung. Sie ist allerdings sehr teuer; dessen müssen wir uns bewußt sein. Diese Agentur ist bei der WEU auch sinnvoll angesiedelt; denn sie muß dort angesiedelt werden, wo über die Verteidigungsfragen der westeuropäischen Staaten gesprochen und entschieden wird, und das ist in der WEU. Wir sind dafür zuständig.

Es ist richtig: Die Luftfahrt- und Raumfahrtindustrie in Europa gilt als Wachstumsindustrie. Sie hat qualitativ hohe Arbeitsplätze verfügbar. Mit der Europäischen Weltraumorganisation, der ESA, und unserer Raumfahrtindustrie in Europa haben wir geeignete Management- und Produktionskapazitäten, die mit ökonomisch vertretbaren Lösungen unser Anliegen nicht als unfinanzierbar erscheinen lassen. Ich will es mir nicht so einfach machen und sagen: Wir müssen es nur politisch wollen. Vielmehr muß es auch finanzierbar sein und bleiben.

Wenn der Vorsitzende des Forschungs- und Wissenschaftsausschusses des Europarates als Berichterstatter der WEU fordert — zudem ist er ja auch noch Obmann der CDU/CSU im Deutschen Bundestag für Forschung und Technologie —, die verschiedenen Segmente wie optische Satelliten, Radarsatelliten nach dem neuesten Stand der Technik einsatzreif zu machen, und damit eine gewisse Bandbreite und unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten anvisiert, dann vermag ich nur anzumerken — denn ich kenne den ganzen Hintergrund, vor dem er das reflektiert —: Das ist wissenschaftlich richtig und zukunftsweisend.

Der oft geleugnete Spin-off-Effekt ist hier sicherlich gegeben. Doch wir sollten trotz einer richtigen und notwendigen Themenstellung — einerseits Verifikation und Rüstungskontrolle, andererseits Umweltschutz als globale Aufgabe — nicht von vornherein so viel fordern, daß die Verwirklichung von der Kostenseite her als unmöglich oder sehr weit entfernt qualifiziert wird. Eine Politik der kleinen Schritte führt auch zum Erfolg. Das kann und muß auch für die sehr teuren Raumfahrtaktivitäten gelten. Das heißt, man muß das Große fordern, aber gleichzeitig einen realistischen Weg finden, um mit einer Politik der kleinen Schritte zu einem Erfolg zu kommen.

Auf Grund meiner Erfahrungen kann ich also die Forderung nach einer eigenständigen Kapazität für Verifikation und Abrüstungskontrolle nur grundsätzlich unterstützen. Wir brauchen diese Kapazität auch für die Bewältigung der globalen Aufgaben, insbesondere jener, die wir auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu lösen haben; denn die Erde, die wir für uns alle zu verwalten haben, ist letztlich nur eine Leihgabe. — Herzlichen Dank.

Schlußwort des Berichterstatters:

Lenzer (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich für die Beiträge der Kollegen Dr. Klejdzinski und Fourré bedanken. Nicht vergessen will ich, nochmals auf die Aktivitäten hinzuweisen — das wurde schon erwähnt —, die der Kollege Fourré und der Kollege Malfatti vor geraumer Zeit in die Wege geleitet haben. Das ist eine sehr gute Ausgangsposition. Wir konnten darauf aufbauen. An der politischen Ausrichtung hat sich gegenüber heute nichts Wesentliches geändert: eigenständiges System als eigenständiger Partner in der internationalen Kooperation bei den neuen Verifikations- und Sicherheitsstrukturen. Wenn wir heute durch ein entsprechendes einstimmiges Votum dieser ganzen Zielrichtung Nachdruck verleihen könnten, dann wäre ich sehr dankbar. — Herzlichen Dank.

Empfehlung 482

betr. Beobachtungssatelliten — eine europäische Möglichkeit zur Verifikation der Abrüstung — Richtlinien des Symposiums

Die Versammlung

(i) stellt fest, daß die jetzt in Wien stattfindenden Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa (VSKE) mit großer Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Jahres zu einer Vereinbarung führen werden;

(ii) ist der Ansicht, daß die europäischen Staaten bei diesen Verhandlungen eine wesentliche Rolle gespielt haben und auch Unterzeichner eines zukünftigen KSE-Vertrags aus eigenem Recht sein werden;

(iii) ist sich bewußt, daß ein zukünftiger KSE-Vertrag auch weitreichende Vereinbarungen über Verifikation und Informationsaustausch, die von allen betroffenen Parteien als vertrauensbildende Maßnahmen angesehen werden, enthalten wird;

(iv) ist sich bewußt, daß neben kooperativen Maßnahmen der Verifikation nationale oder internationale technische Möglichkeiten der Verifikation, insbesondere Satelliten, die ohne Kooperation mit der Vertragspartei eingesetzt werden können, deren Staatsgebiet unter Beobachtung steht, von dauerhafter Bedeutung für den gesamten Verifikationsprozeß sein werden;

(v) berücksichtigt, daß Verifikationssatelliten auch eingesetzt werden können zur Überwachung von Gebieten in der Welt, von denen eine Bedrohung der Sicherheit ausgehen könnte;

(vi) betont, daß es für die westeuropäischen Staaten notwendig ist, eine eigenständige europäische Satellitenkapazität für die Verifikation zu entwickeln, um ihren Verantwortlichkeiten in einer sich verändernden Sicherheitslage nachzukommen und um gleichzeitig als gleichberechtigter Partner das Bündnis zu stärken;

(vii) ist sich bewußt, daß sämtliche technologischen und industriellen Kapazitäten, die für die Schaffung und den Betrieb eines umfassenden satellitengestützten Verifikationssystems erforderlich sind, in den Mitgliedstaaten der WEU vorhanden sind;

(viii) ist sich der Pläne für ein Forschungs- und Technologieprojekt in bezug auf die satellitengestützte Überwachungstechnologie im Rahmen des EUKLID-Plans der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe bewußt;

(ix) erinnert daran, daß die Europäische Weltraumorganisation (ESA) Kompetenzen und Erfahrungen von unschätzbarem Wert in bezug auf die Durchführung hochentwickelter internationaler Raumfahrtprogramme, einschließlich im Bereich der Erderkundung, besitzt;

empfiehlt dem Rat,

1. unverzüglich einen Beschluß über die Schaffung einer WEU-Agentur für die Verarbeitung und Auswertung von Satellitenbilddaten herbeizuführen;
2. Entscheidungen zu treffen über weitere Schritte zur Schaffung eines umfassenden europäischen satellitengestützten Verifikationssystems unter Berücksichtigung der erforderlichen Zeit für die Entwicklung der verschiedenen Segmente, wie z. B. optische Satelliten, Bodenstationen und — in einer späteren Phase — SAR-Satelliten (Radar mit synthetischer Öffnung) und Datenrelaissatelliten.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Staatssekretärs für Verteidigung, Donald J. Atwood (USA)

(Themen: Bedeutung der WEU aus amerikanischer Sicht — Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion — Autonomiebestrebungen der baltischen Staaten — Präsenz von amerikanischen Truppen in Europa — Militärstrategien der USA für die kommenden Jahre)

Prof. Dr. Soell (SPD): Ich möchte Herrn Minister Atwood zunächst einmal dafür danken, daß er auf den Streit der Schulen, den es in unserer Versammlung gegeben hat — ob die Vereinigten Staaten einen stärkeren europäischen Pfeiler wünschen —, in der Weise eine gebührende Antwort gegeben hat, daß er mit Ja geantwortet hat. Manche haben ja die Befürchtung, es gäbe ein größeres oder kleineres Stirnrunzeln in Washington, wenn **eine stärkere sicherheitspolitische Identität Europas,** etwa im Rahmen der Westeuropäischen Union, hergestellt würde.

Ich möchte folgende Frage im Zusammenhang mit den aktuellen Verhandlungen Zwei-plus-Vier und der Stärke der ausländischen Truppen auf deutschem Territorium stellen. Die Sowjetunion, die ja große Schwierigkeiten hat, die NATO-Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands gutzuheißen, läßt überall erkennen — auch in Gesprächen, die der Präsidialausschuß der Westeuropäischen Union in Moskau geführt hat —, daß sie ihre Truppenpräsenz und das Niveau ihrer Truppen in Deutschland natürlich abhängig macht von der Präsenz und dem Niveau amerikanischer Truppen in Deutschland.

Obwohl die Mehrheit der Deutschen, jedenfalls in der Bundesrepublik, ganz deutlich an ihren bewährten Bündnissen und Bindungen festhält, gibt es natürlich auch das begreifliche Gefühl, daß man auf Dauer einmal unter sich bleiben möchte, daß man also auf einem Territorium, das etwa der Größe des Staates Oregon entspricht — ein berühmtes Beispiel, das Helmut Schmidt immer in seinen Amerika-Vorträgen bringt —, auf Dauer nicht 1,4 Millionen ausländische Soldaten haben möchte. Das heißt, es besteht der **Wunsch,** in vielerlei Weise **von militärischer Präsenz entlastet zu werden.**

Der Generalsekretär der Westeuropäischen Union hat seit einer Reihe von Monaten das Gespräch auf **multinationale Einheiten** gebracht. Inwieweit sind die Amerikaner bereit, sich an solchen multinationalen

Einheiten in Europa zu beteiligen? In welcher Weise kann man das mit der Frage des Niveaus und der Präsenz der sowjetischen Truppen verknüpfen?

In seiner Antwort führte ***Staatssekretär Atwood*** *aus, daß die USA die Notwendigkeit anerkannten, für eine Übergangszeit sowjetische Truppen in der DDR zu stationieren. Zur Frage der Bildung multinationaler Einheiten wies Staatssekretär Atwood auf eine Gesprächsbereitschaft der USA hin.*

Zierer (CDU/CSU): Herr Minister, Sie haben in Ihren Ausführungen von sechs Punkten gesprochen, die das künftige Sicherheitssystem beinhalten. Ich glaube, es war die Ziffer 4, in der Sie von der **Notwendigkeit der „Vorneverteidigung"** gesprochen haben. Glauben Sie nicht, daß es sehr schwierig sein wird, den Soldaten heute zu sagen, wo vorne ist?

Staatsminister Atwood *bejahte die Frage seines Vorredners. Er betonte, daß die US-Truppen in Europa stationiert blieben, solange eine Bedrohung durch die sowjetische Armee bestehe und solange die europäischen Verbündeten dies wünschten.*

Tagesordnungspunkt:

Die Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) und die Westeuropäische Union

(Drucksache 1228)

Berichterstatter: Abg. Wilkinson (Großbritannien)

Dr. Klejdzinski (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich hier in diesem Hause schon zu manchem Bericht von Herrn Wilkinson geäußert. Ich bezeuge ihm Respekt für die Qualität seiner Berichte. Sie sind einsichtig und konsistent und scheinen sich in voller Logik ganz gezielt auf ein Ergebnis hin zu bewegen.

Wenn man die einzelnen Punkte der Empfehlungen betrachtet, so sind diese, jeder für sich betrachtet, zustimmungsfähig und finden meine Unterstützung. Es wird allerdings ein bißchen schwierig, wenn man sie alle im Kontext betrachtet. Mein Kollege Garrett hat zu Recht darauf verwiesen, daß Ziffer 5 sehr problematisch ist. Dieser Punkt ist einerseits problematisch, was die Aufgabenzuweisung angeht, und andererseits insbesondere dann, wenn man sich einmal die Mühe macht — und ich habe mir diese Mühe gemacht —, national einmal abzufragen, welche Forschungsfelder im einzelnen behandelt werden. Das, was ich von meinem nationalen Parlament gehört habe, soweit es um die Einzelheiten ging, war nicht sehr ergiebig. Aber das, was mir gegenüber genannt worden ist — die Hi-Tech-Felder, auf denen man jene konzentrierte Forschung betreiben will —, zeigt doch im Grunde genommen, daß wir uns in diesem Punkt bisher zuwenig darum gekümmert haben, was auf der Ebene der Rüstungsdirektoren in den einzelnen nationalen Verteidigungsbereichen koordiniert wird. Dort ist natürlich sehr viel festzustellen, was gleichzeitig auch für die Industrie insgesamt interessant ist.

Es wurde vorhin völlig zu Recht gesagt, Kooperation sei notwendig. Kooperation kann sicherlich sogar eine vertrauensbildende Maßnahme sein.

Ich möchte mich hier mit Ziffer 6 der Empfehlungen beschäftigen und in diesem Zusammenhang anmerken, was ich nicht will. Wenn in Ziffer 6 eine Harmonisierung des europäischen Unternehmensrechtes gefordert wird, so kann ich dem nur zustimmen. Wenn diese Forderung aber gleichzeitig mit der Zielsetzung verbunden wird, transnationale Fusionen zu ermöglichen, so denke ich in diesem Zusammenhang an ein Ereignis in der Vergangenheit, an ein deutsches Unternehmen mit einer englischen Unternehmensgruppe und an das Tauziehen um die dortige Wehrforschungskapazität. Dies ist Ihnen als Angehörigem des britischen Unterhauses sicher sehr wohl in Erinnerung. Angesichts dessen kann ich nur sagen, daß man es zwar unterstützen kann, transnationale Beschaffung zu ermöglichen und Rüstungsunternehmen zur Zusammenarbeit zu veranlassen; ich wehre mich aber dagegen, daß — auch dieses beinhaltet die Ziffer 6 — möglicherweise mit unserer parlamentarischen Unterstützung ein industrieller Rüstungskomplex entsteht und dann, gestärkt durch Fusionen, gestärkt durch transnationale Managementstrukturen, als potenter Machtfaktor in Erscheinung tritt und unter Umständen uns als Parlamentarier in unserer Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt, weil Entscheidungen für Abrüstung und gegen bestimmte Waffensysteme durch Stichworte wie Arbeitsplätze, örtliche Steuerkraft, Technologieschmiede, Hochtechnologie-Forschungskapazität und Ersatzarbeitsplätze paralysiert werden könnten.

Ich möchte auch zu Ziffer 7 eine Bemerkung machen. Dort ist von Marktöffnung die Rede. Man muß aber fragen: mit welcher Konsequenz? Was heißt es, wenn gesagt wird, daß die Interessen der Länder mit einer sich entwickelnden Verteidigungsindustrie zu berücksichtigen seien? Wer, wie es im zweiten Absatz der Einleitung zu den Empfehlungen geschieht, einerseits feststellt, daß der Abbau der militärischen Konfrontation zwangsläufig Rüstungsaufträge reduziert, und andererseits Rationalisierung, Diversifizierung und Spezialisierung fordert und diesen das Wort redet, um Überkapazitäten zu begegnen, sollte nicht gleichzeitig in anderen Staaten eine neue Rüstungskapazität schaffen wollen, die einzig und allein auf Verteidigungsaufträge angewiesen ist.

Lassen Sie mich eines noch feststellen: Rationalisierung, Diversifizierung und Spezialisierung haben noch niemals qualitative Arbeitsplätze geschaffen, sondern nur Arbeitsplätze abgebaut bzw. hochqualitative Arbeitsplätze durch weniger qualitative ersetzt. Das einzige, was gestiegen ist — dies ist ein wirtschaftlicher Grundsatz —, sind die Kapitaleinsatzkosten pro verbleibenden Arbeitsplatz.

Eine abschließende Bemerkung. Wir sagen Ja zu der Empfehlung mit der Zielsetzung, Rüstungskapazitäten abzubauen bzw. Konversion zu fördern, wo dies sinnvoll ist. Wenn ich von Konversion spreche, meine ich nicht nur Konversion, was industrielle Fertigung anbetrifft. Konversion, wie ich sie verstehe, bedeutet mehr. Ich denke an Konversion für eine ganze Region, für einen ganzen Standort mit allen Konsequenzen.

Dort, wo Streitkräfte abgebaut werden, gibt es erstens sicherlich einen geringeren Bedarf an Rüstungsgütern. Gleichzeitig werden aber auch Dienstleistungskapazitäten und Arbeitsplätze abgebaut. Man muß für diese Regionen im Grunde genommen etwas tun.

Zu den Ziffern 6 und 7 des Entschließungsentwurfs werde ich für die Sozialistische Fraktion noch im Zusammenhang mit den Änderungsanträgen Stellung nehmen, die Herr Fourré eingebracht hat. — Herzlichen Dank!

Empfehlung 483

betr. die Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) und die Westeuropäische Union

Die Versammlung

(i) verweist darauf, daß der Rat in der Erklärung von Rom vom Oktober 1984 über die Wiederbelebung der WEU festgestellt hat, daß die WEU der europäischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich politische Impulse verleihen sollte und erneut bekräftigt hat, daß darin eine Schlüsselrolle der WEU besteht;

(ii) ist der Ansicht, daß der Abbau der militärischen Konfrontation zwischen Ost und West zwangsläufig zur Rationalisierung, Diversifizierung und gegebenenfalls Spezialisierung in der Verteidigungsindustrie führen sollte, um Überkapazitäten in rüstungsrelevanten Industriebereichen zu begegnen;

(iii) ist sich bewußt, daß angesichts der Möglichkeit substantieller Truppenreduzierungen auf seiten der NATO und des Warschauer Pakts und eines Abzugs amerikanischer Truppen aus Westeuropa der Rüstungseffizienz und -perfektion wachsende Bedeutung zukommen wird im Rahmen der Aufrechterhaltung der Abschreckung mit einer niedrigeren Streitkräftestärke;

(iv) ist sich bewußt, daß Einsparungen bei den Verteidigungshaushalten zu erwarten sind, die die Bedeutung der durch eine Rüstungszusammenarbeit erzielten Rentabilitätsvorteile und der Nutzung möglichst ökonomischer Produktions- und Instandhaltungskapazitäten für Verteidigungsgerät hervorheben werden;

(v) erwartet, daß die politischen und nuklearen Garantien der Vereinigten Staaten in bezug auf die Sicherheit Westeuropas zwar weiterbestehen werden, aber der Druck von seiten der Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten zu Initiativen im amerikanischen Kongreß führen wird, im Rahmen der transatlantischen Zusammenarbeit Kürzungen der Beschaffungsprogramme zugunsten von Beschaffungen über den amerikanischen Binnenmarkt vorzunehmen;

(vi) ist darüber besorgt, daß sich die IEPG in einem politischen Vakuum bewegt, da sie weder ein substantielles Informationsprogramm über ihre Arbeit besitzt noch europäische Unterstützung für ihre Aktivitäten erhält;

(vii) vertritt die Überzeugung, daß die IEPG durch eine Annäherung der operativen Erfordernisse und der Zeitpläne für Neubeschaffungen sowie durch ein abgestimmtes europäisches militärisches Forschungsprogramm kosteneffiziente Programme für Verteidigungsgerät anbieten kann, um den mit der raschen Entwicklung der Sicherheitslage in Europa verbundenen Herausforderungen begegnen zu können, und daß die Arbeit der IEPG weitaus größere Unterstützung verdient;

empfiehlt dem Rat,

1. dafür Sorge zu tragen, daß sich die Präsidentschaft der IEPG einmal jährlich an die Versammlung wendet, um sie über Entwicklungen in der europäischen Rüstungszusammenarbeit zu unterrichten und Fragen der Mitglieder zu beantworten;

2. die regelmäßige Verbreitung von Informationsschriften an den Ausschuß für Technologie und Raumfahrt sowie den Verteidigungsausschuß der Versammlung der WEU sicherzustellen, damit in den wichtigen politischen, meinungsbildenden Gremien in Europa die Arbeit der IEPG eine bessere Würdigung erfährt;

3. dafür Sorge zu tragen, daß die EG-Kommission offiziell und in regelmäßigen Abständen über die Arbeit der IEPG unterrichtet wird mit dem Ziel der Fortsetzung eines fruchtbaren Dialogs über Fragen von gemeinsamem Interesse, wie z. B. über die Aufrechterhaltung der industriellen Grundlagen Europas, seiner technischen Kapazitäten und seiner Wettbewerbsfähigkeit;

4. dem kleinen ständigen Sekretariat der IEPG, dessen Errichtung in Lissabon befürwortet wurde, Stärkung zu verleihen durch eine konzentrierte Unterstützung der Präsidentschaft und Einrichtung eines erweiterten Expertenstabs mit Hilfe von zeitlich längeren Abordnungen von Experten für Beschaffungsfragen zu diesem Sekretariat;

5. dem bereits eingeleiteten Prozeß einer stärkeren Integration der militärischen Forschung in Europa mit Hilfe des EUKLID-Plans durch verstärkte gemeinsame Finanzierung und Rationalisierung der bestehenden nationalen Forschungseinrichtungen für Verteidigungsfragen entschlossen weiterzufolgen;

6. gemeinsam mit der EG-Kommission die Möglichkeiten einer beschleunigten Harmonisierung des europäischen Unternehmensrechts zu untersuchen mit dem Ziel einer Erleichterung des fairen grenzüberschreitenden Wettbewerbs und transnationaler Fusionspläne, Beschaffungen und Zusammenarbeit zwischen Rüstungsunternehmen;

7. die Bemühungen um eine größere Öffnung des europäischen Marktes für Verteidigungsgerät durch generelle Verbreitung von Bulletins über Ausschreibungen sowie durch Datenerhebungen und Datenaustausch weiterzuverfolgen und dabei die Interessen der Mitgliedsländer mit einer sich entwickelnden Verteidigungsindustrie zu sichern.

Tagesordnungspunkt:

Die WEU, die Forschungseinrichtungen und die Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich mit Fragen der europäischen Sicherheit und Verteidigung befassen

(Drucksache 1226)

Berichterstatter: Abg. Stegagnini (Italien)

(Themen: Aufnahme von Beziehungen zwischen WEU und NGOs — Förderung eines stärkeren öffentlichen Bewußtseins in bezug auf Fragen der europäischen Sicherheit — Aufgaben des neu geschaffenen WEU-Instituts für Sicherheitsstudien)

Empfehlung 484

betr. die WEU, die Forschungseinrichtungen und die Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich mit Fragen der europäischen Sicherheit und Verteidigung befassen

(i) Die Versammlung ist sich bewußt, daß es für die WEU wichtig ist, vollen Nutzen aus der Arbeit der verschiedenen Forschungseinrichtungen zu ziehen, die sich mit Sicherheits- und Verteidigungsfragen befassen und in der Lage sind, beträchtlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung und die Politiker auszuüben und damit zur Erweiterung der öffentlichen Debatte über diese Fragen beizutragen.

(ii) Sie begrüßt es daher, daß die Aufnahme von Beziehungen zu diesen Instituten innerhalb Westeuropas und darüber hinaus sowie die Förderung eines stärkeren öffentlichen Bewußtseins in bezug auf Fragen der europäischen Sicherheit zu den Aufgaben des neu geschaffenen WEU-Instituts für Sicherheitsstudien gehören.

(iii) Sie stellt mit Befriedigung die Antwort des Rates auf die Empfehlung 474 fest, nach der Arbeiten des Institutes, die nicht der Geheimhaltung unterliegen, umfassende Verbreitung in der Öffentlichkeit finden sollen.

(iv) Sie zeigt sich darüber erfreut, daß eine der Aufgaben des Instituts darin bestehen wird, eine Datenbank für Forschungs- und Informationszwecke aufzubauen und diese auf dem neuesten Stand zu halten.

(v) Sie erinnert daran, daß die Dienststellen der Versammlung bislang keine Zugangsmöglichkeiten zu den von verschiedenen Forschungseinrichtungen und Dokumentationszentren eingerichteten EDV-Dokumentationssystemen hatten.

(vi) Sie zieht die Vorteile in Betracht, die sich für die WEU ergeben könnten aus einer engeren Zusammenarbeit mit geeigneten Nichtregierungsorganisationen, die den Zielsetzungen, Initiativen und Erfolgen der Organisation ein Höchstmaß an Publizität verschaffen und das öffentliche Bewußtsein in bezug auf europäische Sicherheitsfragen in allen betroffenen Ländern sensibilisieren könnten.

Die Versammlung empfiehlt daher dem Rat:

1. dem Institut der WEU für Sicherheitsstudien größtmögliche Unabhängigkeit bei seiner Arbeit zu gewähren, einschließlich bei der Entwicklung nützlicher Beziehungen zu den Parlamentariern, den Medien und der Öffentlichkeit und bei der Ausarbeitung einer aktiven Informationspolitik;
2. der Versammlung für ihre eigene Arbeit angemessenen Zugang zu der Dokumentationsdatenbank des Instituts zu ermöglichen;
3. mit Hilfe des Instituts eine engere Zusammenarbeit mit solchen internationalen Nichtregierungsorganisationen zu entwickeln, deren Arbeit in einem besonderen Bezug zum Zuständigkeitsbereich der Organisation steht und die aufgrund ihrer Aktivitäten in der Lage sind, dazu beizutragen, eine europäische Sicherheitsidentität zu fördern und die Versammlung über die ergriffenen Maßnahmen zu informieren.

Richtlinie 76

betr. die WEU, die Forschungseinrichtungen und die Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich mit Fragen der europäischen Sicherheit und Verteidigung befassen

Die Versammlung zieht die Vorteile in Betracht, die sich für die WEU ergeben könnten aus einer engeren Zusammenarbeit mit geeigneten Nichtregierungsorganisationen, die den Zielsetzungen, Initiativen und Erfolgen der Organisation ein Höchstmaß an Publizität verschaffen und das öffentliche Bewußtsein in bezug auf europäische Sicherheitsfragen in allen betroffenen Ländern sensibilisieren könnten.

Die Versammlung weist deshalb ihren Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit an: zu prüfen, wie Arbeitsbeziehungen zwischen der Versammlung und geeigneten Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Fragen der europäischen Sicherheit und Verteidigung befassen, eingerichtet werden könnten, und in dieser Angelegenheit einen Bericht vorzulegen.

Tagesordnungspunkt:

Die neue Rolle der nationalen Delegationen im Rahmen der Aktivitäten der Versammlung der WEU

(Drucksache 1227)

Berichterstatter: Abg. Hunt (Großbritannien)

(Themen: Gemeinsame Initiativen der nationalen Delegationen in ihren Parlamenten zu Fragen der europäischen Sicherheit — Verbesserung der Kontakte zur Presse — Übermittlung der die WEU betreffenden Initiativen in den nationalen Parlamenten an die WEU)

Entschließung 82

betr. die neue Rolle der nationalen Delegationen im Rahmen der Aktivitäten der Versammlung der WEU

(i) Die Versammlung erinnert daran, wie wichtig es ist, das durch den geänderten Brüsseler Vertrag vorgesehene europäische parlamentarische System voll auszuschöpfen, in dem durch die Existenz der in den nationalen Parlamenten gebildeten Delegationen eine umfassende Mitwirkung der Parlamente an Entscheidungen über die Zukunft der europäischen Sicherheit gewährleistet wird.

(ii) Sie bedauert, daß es die meisten Regierungen der Mitgliedstaaten der WEU seit einiger Zeit vorziehen, öffentliche Erklärungen zu umgehen, in denen die durch diesen Vertrag gegebenen Möglichkeiten betont werden.

(iii) Sie ist daher überzeugt, daß die Frage der Schaffung einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa verstärkte Bemühungen der nationalen Delegationen erfordert zur Verbreitung der Ansichten und Vorschläge der Versammlung und Aufforderung der Regierungen der Mitgliedstaaten, die durch die WEU gebotenen Möglichkeiten zu nutzen, um allen Erwartungen in bezug auf die Lösung dringender Probleme zu entsprechen.

(iv) Sie begrüßt die von mehreren Delegationen und deren Mitgliedern kürzlich ergriffenen Initiativen zur Intensivierung des Dialogs zwischen der Öffentlichkeit und den Regierungen über die diesbezügliche Rolle der WEU.

(v) Sie betont jedoch, daß die schnelle Verbreitung von Informationen und die Zusammenarbeit zwischen allen Delegationen, politischen Gruppen und dem Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit verbessert werden sollten.

Die Versammlung fordert daher die Leiter der nationalen Delegationen auf:

1. so weit wie möglich, gemeinsame Delegationsinitiativen in den Parlamenten bei der Erörterung von Fragen zu ergreifen, die in den Zuständigkeitsbereich der Versammlung fallen, und zu gewährleisten, daß bei diesen Debatten die Ansicht der Versammlung zum Ausdruck gelangt;
2. die Regierungen aufzufordern, dem Parlament regelmäßige Berichte über die Entwicklungen innerhalb der WEU vorzulegen, wie dies bereits durch die Regierung der Bundesrepublik geschieht, und Plenardebatten über diese Berichte zu veranstalten;
3. regelmäßige Zusammenkünfte mit der Presse zu veranstalten, wie es die französische Delegation bereits tut, und sich um eine Veröffentlichung entsprechender Artikel in der internationalen Presse oder in geeigneten Fachzeitschriften zu bemühen;
4. zu gewährleisten, daß die Informationen über sämtliche die WEU betreffenden Initiativen, die von den Mitgliedern in den Parlamenten, Ausschüssen, politischen Gruppen oder in der Presse ergriffen werden, unverzüglich dem Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden.

Freitag, 8. Juni 1990

Tagesordnungspunkt:

Die Zukunft des Tieffluges

(Drucksache 1222)

Berichterstatter: Abg. Dr. Klejdzinski (Bundesrepublik Deutschland)

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich mich mit dem sachlichen Teil meines Berichts befasse, ist es mir ein Anliegen, all denen zu danken, die mir bei der Abfassung dieses Berichts geholfen haben, sei es durch freundliche Hinweise, kritische Bemerkungen oder wichtige Zuarbeit. Mein besonderer Dank geht an das Ausschußsekretariat und an meine Kolleginnen und Kollegen im Verteidigungsausschuß, die den Bericht einstimmig gebilligt haben.

Über Tiefflug wird in der Öffentlichkeit in großer Breite und Tiefe diskutiert. Das ist eine Tatsache, die von uns bedacht werden muß. Nicht von ungefähr nenne ich stellvertretend einen Bericht aus dem Vereinigten Königreich, der sich allein mit der Tiefflugproblematik befaßt hat. Ich will damit belegen, daß das nicht nur in der Bundesrepublik ein Anliegen ist, sondern auch in anderen Ländern.

Die Problemstellung Tiefflug beinhaltet zwei wichtige Fragestellungen, die aus der Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger in den westeuropäischen Staaten gegenläufig sind. Einerseits gibt es die **Notwendigkeit, politisch erteilte Aufträge auszuführen,** soweit unsere Piloten und soweit die jeweiligen Luftwaffen angesprochen sind. Andererseits ist die **Lärmbelastung durch Tief- und Tiefstflug** zu sehen, deren Akzeptanz bei unserer Bevölkerung mehr und mehr verlorenging. Das Organisieren von Verteidigungsfähigkeit führt nur zum Erfolg, wenn gleichzeitig das Volk überzeugt ist, daß die notwendige Belastung sinnvoll ist und keine realistischen Alternativen gegeben sind.

Der heutige Bericht ist der ernsthafte Versuch, dieses Paradigma aufzulösen. Ich bin sicher, die Thematik ist nicht mit dem heutigen Bericht erledigt — das Thema ist wichtig genug —, so daß wir uns noch des öfteren damit auseinandersetzen müssen. Ich bin meinen Kolleginnen und Kollegen dankbar dafür, in solch einer Breite und in solch einer Intensität in vielen Begegnungen über Tiefflug diskutieren zu können. Bei vielen Gesprächen habe ich feststellen können, daß dort, wo tiefgeflogen wird, das Thema heftig diskutiert wird. Sachliche Argumente werden oft durch Emotionen verdrängt. Als Verteidigungspolitiker kann ich

diese Tatsache nicht negieren. Zu dieser Betrachtungsweise gehört auch das Wissen, daß beispielsweise das hochmoderne Tornado-Flugzeug um 40 % leiser ist als das eine bejahrte Phantom, ohne hier gleichzeitig die Frage nach Eindringfähigkeit, Überlebensfähigkeit oder Rollenerfolg zu stellen. Denn jeder weiß, diese Betrachtungsweise geht zu ungunsten des Phantom-Flugzeugs aus. Diese Tatsache findet ihren Niederschlag in der Empfehlung 2j.

Der Stand der Ausrüstungstechnik der einzelnen Flugzeugtypen darf nicht der allein entscheidende Faktor für die Festlegung von Tiefflugübungstechniken und von Bedingungen sein. Mit anderen Worten: Modernisierung kostet Geld. Wenn aus finanziellen Gründen die Erneuerung eines Waffensystems nicht zeitgerecht durchgeführt werden kann, dann ist es unbillig, Tiefflug zu üben mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit, wissend, ein modernes Flugzeug könnte leiser fliegen und realitätsorientiert üben, ohne die Belästigung durch Fluglärm.

Ich weiß und möchte es ausdrücklich betonen: Die Flugzeugführer tun ihre Pflicht. Sie erfüllen einen parlamentarischen Auftrag. Wir Politiker sind dafür verantwortlich. Ihre Aufgabenbreite ergibt sich aus der jeweils angenommenen und vorhandenen Bedrohungsanalyse. Wenn gegenwärtig festgestellt wird, der Warschauer Pakt sei in Auflösung begriffen, so gilt allerdings weiterhin, und auch davor dürfen wir unsere Augen nicht verschließen: Die taktisch/operativen Fliegerkräfte der UdSSR stellen eine entscheidende Komponente dar, um die militärstrategische Zielsetzung auf dem Schauplatz Mittel-/Westeuropa durch Luftoperationen zu erreichen. Sie sind noch vorhanden. Ich behaupte nicht, daß sie uns angreifen. Verteidigungsvorsorge heißt, daß wir so etwas berücksichtigen. Solange nicht abgerüstet ist, muß die angenommene Bedrohung alle Optionen berücksichtigen.

Daraus resultiert: Für die Luftstreitkräfte war und ist die **Beschränkung auf das aus Einsatzgründen unverzichtbare Minimum an Tiefflugtraining eine ständige Verpflichtung.** Wir Parlamentarier haben aber auch die Verpflichtung, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Belastung der Bevölkerung in Zukunft auf das unabdingbare Maß zu reduzieren. Die Belastung in 75-m-Tieffluggebieten ist enorm und wird von der dort wohnenden Bevölkerung nicht mehr akzeptiert. Wir sind zum Handeln aufgefordert.

Der Empfehlungsentwurf empfiehlt dem Rat eine Reihe von Maßnahmen, die Einschnitte für die jeweiligen Streitkräfte bedeuten. Auch die Empfehlung, Übungsflüge in überseeischen Gebieten durchzuführen, heißt Belastungen für Flugzeugbesatzungen, Wartungspersonal und Abwesenheit von der Familie. Simulatorenentwicklung und verstärkte Ausbildung an Simulatoren vermag nicht gänzlich eine Tiefflugausbildung zu ersetzen. Doch Geld, das in diese Entwicklung gesteckt wird, ist nicht verlorenes Geld. Realistische Vorwarnzeiten rechtfertigen gegenwärtig nicht die ständige Übung des Tieffliegens, zumal die Veränderungen im Warschauer Pakt die bisherige Einsatzkonzeption für Jagdbomberkräfte und ihre Begründung in einen nicht definierbaren Bereich gehoben hat.

Beim Lesen des Berichts kann der Eindruck entstehen, der Bericht beziehe sich nur auf den Luftraum der Bundesrepublik. Richtig ist, Tiefflug über dem Gebiet der Bundesrepublik wird auf den Seiten 11 bis 15 behandelt, der Report umfaßt jedoch 28 Seiten und 21 Seiten erklärende Schaubilder.

Der Bericht soll — das ist auch mein Anliegen — Problembewußtsein erzeugen. Ich bin davon überzeugt: Die anhand der Bundesrepublik aufgezeigte Problematik trifft auf alle WEU-Staaten zu. Ausgehend von der Empfehlung 1, wonach das Thema Tiefflug und die damit verbundenen Probleme auf die Tagesordnung des Rates zu setzen ist und gleichzeitig die Dienststellen der NATO dringend ersucht werden, ebenso zu verfahren, ist der vom Verteidigungsausschuß einstimmig vorgelegte Bericht ein hilfreicher Einstieg in die Sachproblematik. Ich gehe davon aus, daß er genügend Diskussionsstoff enthält. Wir werden noch intensiv darüber beraten.

Wir erwarten vom WEU-Rat einen Gesamtbericht, der um die fehlenden Länderanteile ergänzt werden kann.

Abschließend darf ich noch bemerken: Ich habe für die Abfassung dieses Berichts sehr viel Unterstützung und Hilfe erhalten. Allen denen, die mir geholfen haben, danke ich nochmals. — Herzlichen Dank fürs Zuhören.

Zierer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Jedem von uns sind die negativen Auswirkungen der Tiefflüge bekannt. Jeder kennt den infernalischen Lärm, den Düsenjets beim Tiefflug verursachen.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland sieben Tiefflugareas. Sie reichen von Schleswig-Holstein bis Bayern. Selbst in Urlaubsgebieten wird tief geflogen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn es Proteste hagelt. Ich bin mit diesen Protesten als Mitglied des Unterausschusses im Deutschen Bundestag konfrontiert, der sich mit Beschwerden über militärischen Fluglärm befaßt.

Vorweg aber möchte ich dem Kollegen Klejdzinski danken und zu seinem ausgezeichneten Bericht gratulieren. Es war eine Fleißarbeit, die er gemacht hat. Herr Klejdzinski ist ja nicht nur ein erfahrener Parlamentarier, sondern er war in früheren Jahren selbst Pilot bei der bundesdeutschen Luftwaffe. Deshalb hat er auch soviel Kenntnis von diesen Problemen.

In seinem Bericht wird eine Vielzahl von Empfehlungen vorgeschlagen, die allesamt gutzuheißen sind: ob es um die Reduzierung der Zahl der Tiefflüge oder um den verstärkten Einsatz von Flugsimulatoren geht. Wir brauchen noch viel bessere Flugsimulatoren, als das bisher der Fall ist.

Vor allem ist es richtig, darauf hinzuweisen, **daß die Tiefstflüge wegfallen müssen,** d. h. das, was sich unter dem 75 m-Band bewegt, und zwar vor allem über besiedelten Gebieten.

Allerdings geht der Bericht davon aus — ich zitiere aus Ziff. (iv) —, „daß es zum Abschluß einer Vereinbarung in Wien über eine substantielle Reduzierung ... bei Kampfflugzeugen kommen wird". Das ist für die Zukunft gesprochen. Wir alle hoffen, daß dem so sein wird, daß das eintreten wird. Aber derzeit haben wir noch keine Gewißheit.

Ich habe Bedenken und sehe auch gewisse Gefahren, wenn man sich im Sicherheitsbereich auf Wahrscheinlichkeiten verlassen muß. Das halte ich für ein Risiko. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion gerade in diesem Bereich nicht bereit ist nachzugeben. Deshalb will die Sowjetunion über den NATO-Vorschlag hinaus 4 000 Kampfflugzeuge mehr behalten.

Ein weiteres Risiko — darüber hat gestern vor diesem Haus auch Staatssekretär Atwood vom Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten gesprochen — ist die **derzeitige innenpolitische Situation in der UdSSR.** Diese Situation ist absolut instabil. Daher glaube ich vor einer allzu großen Euphorie warnen zu müssen.

Meine Meinung ist abschließend folgende: Erst muß eine Einigung mit den Russen in Wien mit der Festlegung einer oberen Grenze und mit der Festlegung einer Höhe der Reduzierung im gesamten konventionellen Bereich erfolgen. Solange hier keine Gewißheit besteht, ist nach wie vor Wachsamkeit geboten. Deshalb wird zum jetzigen Zeitpunkt ein völliger Verzicht auf Tiefflüge noch nicht möglich sein. — Vielen Dank.

Steiner (SPD): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute am letzten Tag unserer Frühjahrsversammlung über die Zukunft des Tieffluges. Wir tun dies auf der Basis eines hervorragenden und objektiven Berichtes unseres Kollegen Klejdzinski. Wenn ich „objektiv" sage, dann meine ich damit, daß er klar zwischen dem Thema der Zukunft des Tieffluges und anderen Fragen, die sicherlich auch etwas mit dem Fliegen zu tun haben, zu trennen wußte. Frau Kollegin Baarveld-Schlaman sprach gerade von Flugshows. Ich glaube, daß Tiefflug und Flugshows klar voneinander getrennt werden müssen. Das hat der Kollege Klejdzinski dankenswerterweise auch getan.

Es ist nicht das erste Mal, daß wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Es wird auch nicht das letzte Mal sein, auch wenn wir dem vorliegenden Bericht heute unsere Zustimmung geben und wenn wir die realistischen und gut durchdachten Beschlußempfehlungen annehmen. Das ist auch schon während der Beratungen im Verteidigungsausschuß deutlich geworden, als wiederholt darauf hingewiesen wurde, welche weiteren **Möglichkeiten der Entlastung von Fluglärm** sich **aus dem Abbau des Ost-West-Konfliktes** ergeben könnten und hoffentlich auch ergeben werden. Insbesondere gestern sind während der Ausschußsitzung noch gutgemeinte Anregungen gegeben worden, den vorliegenden Bericht fortzuschreiben, und zwar unter Einbeziehung weiterer Erfahrungen speziell aus dem Vereinigten Königreich und der Besonderheiten in Frankreich. Ich glaube, dies dürfte nicht schwierig sein, zumal der Berichterstatter die Problematik und die Möglichkeiten der Reduzierung des Tieffluges unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen und technischen Gegebenheiten umfassend und detailliert aufgezeigt hat.

Wir können unserem Kollegen Klejdzinski für sein Engagement und für die Erfahrung, die er in diesen Bericht als ehemaliger Pilot eingebracht hat, dankbar sein. Dem einen oder anderen mag es nicht ganz recht sein, wenn in diesem Bericht die Probleme des Tieffluges über der Bundesrepublik Deutschland besonders hervorgehoben werden. Das ist für Kenner der Materie aber wohl nicht verwunderlich, da doch die **Bundesrepublik Deutschland** auf Grund ihrer geographischen Lage an der Nahtstelle zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt **jahrzehntelang das Haupttieffluggebiet für die in Europa stationierten** und der NATO assignierten **fliegenden Verbände** war und wohl auch sein mußte. Wir hatten die Situation, daß über dem am dichtesten besiedelten Gebiet Europas Tiefflüge und Abfangübungen in allen Höhen durchgeführt wurden. Die Belastungen der Bevölkerung haben dabei in den zurückliegenden Jahren in vielen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland ein Maß erreicht, das die Belastungsgrenze überschritt und das — dies wurde hier schon angesprochen — auch zu gesundheitlichen Störungen geführt hat. Es gibt jedenfalls ernst zu nehmende Hinweise, daß dem so ist.

Es muß deshalb als logische Folge angesehen werden, daß sich daraus eine ständig zunehmende kritische Haltung gegenüber militärischen Tiefflugübungen in der Bevölkerung nicht nur der Bundesrepublik Deutschland aufgebaut hat. Wie wir inzwischen wissen, ist die Entwicklung auch in anderen west- und südeuropäischen Ländern in den besonders belasteten Regionen nicht wesentlich anders verlaufen als in der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl die Luftwaffenführungen insbesondere in den letzten Jahren auf Grund der neuen technischen Möglichkeiten Tiefflugübungen reduzieren konnten — ich denke hier an die **Möglichkeit des Einsatzes von Flugsimulatoren** — oder **Tiefflugübungen in nur wenig besiedelte Regionen** verlagern konnten, hat sich der Unmut über Fluglärm bei weiten Teilen der Bevölkerung unserer Länder mit Abnahme der politischen Konfrontation zwischen Ost und West weiter aufgebaut.

Ich verrate auch kein Geheimnis, wenn ich sage, daß mit den umwälzenden politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa insbesondere seit dem Herbst 1989 das Verständnis in der Bevölkerung für extreme militärische Tiefflugübungen und Abfangübungen weiter gesunken ist. Das ist nicht verwunderlich, sondern nur zu verständlich. Daraus müssen wir unsere Schlüsse ziehen.

Wir alle sind Fachleute genug, um zu wissen, daß die militärische Bedrohung abgenommen hat und daß auch die militärischen Vorwarnzeiten im Vergleich zu der Zeit des Kalten Krieges erheblich angewachsen sind.

Wir alle gehen davon aus, daß es noch in diesem Jahr in Wien zum Abschluß einer Vereinbarung über eine substantielle Reduzierung bei konventionellen Waffen sowie bei Kampfflugzeugen kommen wird, obwohl im Zusammenhang damit auch heute hier Be-

denken geäußert worden sind. Das bedeutet noch mehr Entspannung und, wie ich meine, noch mehr Sicherheit. Ich meine, wir tun gut daran, wenn wir die vorliegenden Beschlußempfehlungen heute mit der Maßgabe verabschieden, im Lichte weiterer Abrüstungsschritte zwischen Ost und West noch weitergehendere Entlastungen für die Bevölkerung in unseren Ländern in Aussicht zu stellen.

Frau Baarveld-Schlaman, ich bin auch ganz Ihrer Meinung, daß wir als Politiker in dieser Versammlung den nötigen Druck ausüben sollten, damit der Rat das, was wir heute hier hoffentlich mit großer Mehrheit oder sogar einstimmig verabschieden, auch richtig umzusetzen weiß. Ich meine, daß eine der Entwicklung angepaßte Fortschreibung des Berichtes für weitere Entscheidungen die qualitative Grundlage sein wird. — Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Schlußwort des Berichterstatters:

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich vorab für die kritischen Hinweise und auch für die wohlwollende Bewertung des Berichts bedanken, den ich habe vorlegen können. Ich sage nochmals in aller Deutlichkeit: Es ist nicht mein Bericht, sondern viele haben zugearbeitet. Insofern gebe ich den Dank an die weiter, die mir geholfen haben.

Herr Maris hat einen für mich sehr interessanten Aspekt aufgezeigt und hat mir bewußt gemacht, wie wichtig es ist, daß wir Politiker uns nicht nur etwas von den Fachleuten aufdrängen lassen dürfen, sondern daß wir die Verantwortung tragen. Er hat die **Unterschiede in den Entscheidungsstrukturen** aufgezeigt. Ich finde, wir können daraus lernen.

Herr Zierer hat manches genannt, was auch ich so sehe. Obwohl ich seine Einschätzung teilen muß, habe ich die Hoffnung, daß sich die Verhandlungen in Wien, was Flugzeuge anbetrifft, nicht so bewegen, wie es ursprünglich gedacht war. Ich könnte sagen: Wenn wir uns gegenwärtig auf die Zahlen der UdSSR zubewegen müßten, was Flugzeuge anbetrifft, müßten wir aufrüsten. Der Aspekt, beispielsweise die **Marineluftstreitkräfte nicht einzubeziehen,** ist sicherlich ein Problem, das noch behandelt werden muß. Insofern ist das Argument, das er diesbezüglich gebracht hat, nicht ganz von der Hand zu weisen. Auf der anderen Seite habe ich an anderer Stelle gesagt, daß, an der realistischen Bedrohung orientiert, wir im Grunde genommen erneut nachdenken müssen. Mein Kollege Steiner hat völlig zu Recht darauf verwiesen, daß wir im Lichte der jeweiligen Situation neu denken müssen und man dann vielleicht — das ist die Hoffnung, und die sollte man als Politiker immer haben — zu größeren Reduzierungen kommen kann.

Ich muß noch auf das Argument eingehen, das gebracht worden ist, daß Luftstreitkräfte nicht defensiv sind. Jagdbomberstreitkräfte haben durchaus eine offensive Komponente. Deswegen sollte sich ein Verteidigungsbündnis in erster Linie auf die Defensivstrukturen, sprich: Jäger, konzentrieren und nicht so sehr auf tieffliegende Jagdbomber. Das ist eine Diskussion, die dieser Bericht grundsätzlich nicht aufgreifen sollte. Aber man muß sich darüber unterhalten, daß Jagdbomberkräfte, insbesondere hochmoderne, tieffliegende und weitreichende Jagdbomberkräfte, durchaus eine Offensivkomponente haben.

Herr Tummers hat völlig zu Recht gesagt: Das fehlt. Wir hätten dieses Kapitel aufgreifen können. Auf der anderen Seite sind an einzelnen Stellen durchaus Bemerkungen über die Flugdisziplin enthalten, insbesondere was **Skyguard-Einsätze** betrifft. Die Skyguard-Überwachungsgeräte sind durchaus in der Lage, per Film und Ton unter Notierung der Uhrzeit und der Höhe festzustellen, ob jemand zu tief geflogen ist. Seitdem dieses System in der Bundesrepublik eingeführt ist, haben sich alle NATO-Luftstreitkräfte, auch meine holländischen Freunde, an diese Bedingungen gehalten. Diejenigen, die erwischt worden sind, haben ihre Fluglizenz verloren. Es gibt auch Statistiken darüber. Aber die sind im Bericht nicht im einzelnen aufgeführt. Der Kollege Jessel hat interessanterweise darauf verwiesen, wie die **Belästigung an einem zivilen Flugplatz** ist und wie hoch dort die Anzahl der Starts ist. Ich möchte aber nochmals betonen — verschiedene Debattenredner haben auch darauf verwiesen —: Der Tieffluglärm selbst kommt in einem Tieffluggebiet in Höhe von 75 Metern = 250 Fuß überraschend, zu jeder Schönwetterzeit und aus einer Richtung, die man nicht erwartet. Genau das ist es, was die Bevölkerung so belastet. Hinzu kommt für die Bundesrepublik und auch für Teile der Niederlande und Teile Belgiens — das kann ich übersehen; die Verhältnisse in Schottland kenne ich weniger, deswegen äußere ich mich darüber nicht —, daß in der gegenwärtigen Situation, weil Flughafenkontrollzonen, große Industriegebiete usw. nicht überflogen werden dürfen und dadurch der Raum zusätzlich eingeschränkt wird, die Flugzeugführer über Kurorte oder Krankenhäuser fliegen, weil sie sie gar nicht aussparen können. Wenn man das machen würde, dürfte kein Flugzeug mehr fliegen. Das ist das **Problem in dicht besiedelten Gebieten.** Frau Baarveld-Schlaman hat auf die **Airshows** hingewiesen. Ich teile ihre Ansicht. Nur war ich der Meinung, dieses Thema hier nicht einbringen zu können, weil ich die Befürchtung hatte, wenn ich alle Argumente, die sehr wichtig sind, unterbringen würde, wäre der Bericht zu umfangreich geworden. Er ist schon dick genug.

Mein Kollege Steiner hat sich abschließend noch insgesamt geäußert. Lassen Sie mich ein kritisches Wort zu **Goose Bay in Kanada** sagen. Ich kann auf der einen Seite die Kanadier verstehen. Ich bin jedoch mit meinem Kollegen Steiner in Goose Bay gewesen. Wir haben uns dort zwei Tage lang umgesehen. Man muß um der Wahrheit willen darauf hinweisen, daß die kanadischen Behörden, wenn man so will, sehr beunruhigt sind und daß die Proteste steigen. Aber in dem ganzen Gebiet, wo tiefgeflogen wird, lebt niemand. In den Randgebieten des Flugplatzes leben 1 500 Personen, und die arbeiten auf dem Flugplatz oder sind mittelbar damit verbunden. Wenn beispielsweise eine Indianergruppe in dieses Gebiet zieht, wird von den jeweiligen Luftwaffen dort per Funkkontakt ein Radius von 25 nautischen Meilen um deren Zelt gezogen. In diesem Gebiet fliegt niemand. Wenn wir diese idealen Bedingungen auf Europa übertragen könnten, hätten wir keine Probleme, was Tiefflug betrifft. Manchmal ist an uns herangetragen worden, daß dieses kanadische Problem in erster Linie ein Problem

der Entschädigung der Leute ist, die glauben, dort aus früheren Zeiten Ansprüche artikulieren zu müssen. Mir steht es nicht zu, in diese innerkanadische Diskussion einzugreifen. Mir steht es auch nicht zu, sie zu bewerten. Ich wollte das nur etwas verdeutlichen, damit, wenn man sich dazu äußert, man vielleicht darüber nachdenkt, wie die Situation im allgemeinen ist. Die Bürgerkomitees, soweit sie den Flugplatz betreffen, waren dafür, daß dort ausgebaut wird, weil er Arbeitsplätze bedeutet. Ohne ihn wäre die Region dort wirtschaftlich tot. Das muß man auch einmal anmerken.

Nochmals herzlichen Dank für die sehr wertvollen Beiträge. Ich finde, die Tatsache, daß noch am Freitagmorgen eine solch intensive Debatte zu diesem Thema geführt werden kann, sagt aus, wie wichtig das Thema ist. Ich hoffe, daß das eine oder andere, was gesagt worden ist, zusätzlich aufgenommen werden kann. Die redaktionelle Änderung, Herr Jessel, ein Verbot von 10 Uhr bis morgens um 8 Uhr einzuführen, haben wir übernommen. Im Grunde genommen war das für uns eine Kleinigkeit.

Vielen Dank nochmals für die Beiträge.

Empfehlung 485

betr. die Zukunft des Tiefflugs

Die Versammlung,

(i) verweist auf den Entschließungsantrag betr. das Verbot von militärischen Tiefflügen zu Übungszwecken, der von Herrn Büchner u. a. am 5. Dezember 1988 (Dok. 1169) eingebracht worden war;

(ii) ist sich bewußt, daß alle Mitgliedstaaten der WEU sowie die meisten anderen europäischen Staaten, einschließlich der Staaten der Warschauer Vertrags-Organisation, von den Auswirkungen des Tiefflugs betroffen sind;

(iii) stellt den Abbau der Ost-West-Konfrontation fest;

(iv) geht davon aus, daß es zum Abschluß einer Vereinbarung in Wien über eine substantielle Reduzierung bei bestimmten Kategorien konventioneller Waffen einschließlich bei den Kampfflugzeugen kommen wird;

(v) ist überzeugt, daß es möglich sein sollte, bei der Vorbereitung von Flugzeugbesatzungen auf Tiefflug verstärkt Flugsimulatoren einzusetzen;

(vi) betont, daß es zwischen den Mitgliedstaaten mehr Konsultation und Absprache geben sollte, damit die Belastungen der Tiefflugausbildung verteilt werden können;

(vii) erinnert daran, daß der Rat in der Vergangenheit gewisse Empfehlungen der Versammlung den NATO-Dienststellen vorgelegt hat;

empfiehlt dem Rat,

1. das Thema des Tiefflugs und damit verbundene Probleme auf seine Tagesordnung zu setzen und die Dienststellen der NATO dringend zu ersuchen, ebenso zu verfahren, mit dem Ziel eine unverzügliche Untersuchung einzuleiten, wie das ganz Europa betreffende Problem des Tiefflugs in Zukunft entschärft werden könnte, und hierbei auch die öffentliche Meinung zu befragen und Einstellungen zu diesem Problem in Erfahrung zu bringen;

2. sicherzustellen, daß die in diesem Bericht getroffenen generellen und speziellen Feststellungen berücksichtigt werden und insbesondere folgende Vorschläge gründlich zu prüfen, mit dem Ziel, sie durch die NATO und die nationalen Regierungen als zukünftig geltende Normen zu verabschieden:

   a) in Friedenszeiten beträgt die Mindesthöhe für Tiefflüge über bewohnten Gebieten 300 Meter;

   b) Abfangübungen und Tiefflüge im Verband über dicht besiedelten Gebieten sind nicht gestattet;

   c) die Höchstgeschwindigkeit der Flugzeuge wird zur Reduzierung der Lärmemission auf 420 Kts. begrenzt;

   d) Tiefstflüge (d. h. unter 75 Metern) sind nur über Übungsplätzen gestattet, die die notwendigen räumlichen Voraussetzungen bieten, und es sollte in Betracht gezogen werden, die Nutzung dieser Gelände in Friedenszeiten einzustellen und sie nur in Zeiten von Krisensituationen zu aktivieren;

   e) alle Tiefflüge zwischen 22.00 Uhr und 8.00 Uhr (auch in Übungsgeländen) und generell an Sonn- und Feiertagen sollten verboten werden;

   f) Nachttiefflugstrecken bedürfen der Genehmigung der nationalen Dienststellen;

   g) jede notwendige realitätsorientierte Ausbildung im Tief- und Tiefstflug ist in Regionen durchzuführen, die aufgrund ihrer Gegebenheiten Tiefflug ermöglichen, ohne daß es dabei zu erheblichen Belästigungen für die Bevölkerung kommt;

   h) obwohl der gegenwärtige Stand der Simulatorentechnik nicht völlig die realistische Tiefflugübung ersetzen kann, sollten weitere Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Erwägung gezogen werden, mit dem Ziel, die Tiefflugsimulatorentechnik zu verbessern (die hohen finanziellen Kosten wären mehr als gerechtfertigt);

   i) darüber hinaus ist in Erwägung zu ziehen, wie die schlechten sozialen Lebensbedingungen für Flugzeugbesatzungen von Übungsflügen in überseeischen Gebieten oder in weit von der Heimatstationierung entfernten Gebieten verbessert werden können;

   j) der Stand der Ausrüstungstechnik der einzelnen Flugzeugtypen darf nicht der allein entscheidende Faktor für die Festlegung von Tiefflugübungstechniken und Bedingungen sein;

k) während früher die Ausbildung im Tiefflug im möglichen Einsatzgebiet unter Ausnutzung der geographischen Gegebenheiten und aus taktischen Gründen angestrebt wurde, hat heute die Verfeinerung der navigatorischen Unterstützungsmittel praktisch die Notwendigkeit des Sichtkontakts nach außen überflüssig gemacht und ermöglicht damit, derartige Übungsflüge in anderen, weniger dicht besiedelten Gebieten durchzuführen;

l) Luftstreitkräfte der Mitgliedstaaten der WEU müssen die Möglichkeit haben, Tiefflug mit realistischen Vorwarnzeiten zu üben, nach einer Analyse der tatsächlichen Bedrohung, die jedoch gegenwärtig keine Übungen rechtfertigt, die von einer angenommenen Vorwarnzeit von nur wenigen Stunden ausgehen.

Tagesordnungspunkt:

Entwicklung im Führungs-, Kontroll-, Kommunikations- und Aufklärungsbereich (C³I)

(Drucksache 1229)

Berichterstatter: Abg. Hill (Großbritannien)

Empfehlung 486

betr. Entwicklungen im Führungs-, Kontroll-, Kommunikations- und Aufklärungsbereich (C³I)

Die Versammlung

(i) ist sich der Einschränkungen in den Verteidigungshaushalten aller Mitgliedstaaten des Bündnisses bewußt;

(ii) ist sich der ernsthaften Absicht sowohl der Mitgliedstaaten der NATO als auch der Warschauer Pakt-Staaten bewußt, ihre konventionellen Streitkräfte zu reduzieren;

(iii) ist der Ansicht, daß die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Verbindung mit den eingeschränkten Verteidigungshaushalten eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Bündnismitglieder verlangt im Hinblick auf einen höchst effizienten Einsatz von Truppen und Gerät;

(iv) ist überzeugt, daß ein integriertes Führungs-, Kontroll- und Informationssystem des Bündnisses, wie es derzeit von der NATO geplant ist, leistungsverstärkend wirken wird und die Leistungsfähigkeit der weniger bewaffneten Streitkräfte, die zukünftig für die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa zur Verfügung stehen werden, beträchtlich steigern wird;

(v) ist überzeugt, daß einige Führungs-, Kontroll-, Kommunikations- und Aufklärungssysteme, insbesondere die luftgestützten Frühwarn- und Kontrollsysteme sowie die Abstandsüberwachungs- und Zielerfassungssysteme ebenfalls eine wichtige Rolle im Prozeß der Verifizierung der Abkommen über die Reduzierung der konventionellen Waffen spielen können;

(vi) ist überzeugt, daß die in Absatz v. erwähnten Systeme im beträchtlichen Maße dazu beitragen könnten, Vertrauen im militärischen Bereich zu schaffen, wenn sowohl die Mitglieder des Warschauer Pakts als auch jene der NATO vereinbaren, ihren Luftraum für unbewaffnete Überwachungsflüge über ihrem Staatsgebiet zu öffnen, wie Präsident Bush es im Mai 1989 vorgeschlagen hat;

empfiehlt dem Rat,

1. die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend zu ersuchen, die Pläne der NATO über ein integriertes Führungs-, Kontroll- und Informationssystem für den alliierten Befehlsbereich Europa zu unterstützen und hierfür die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen;
2. die mögliche Rolle europäischer und multinationaler luftgestützter Systeme der Abstandsüberwachung und Zielerfassung und von luftgestützten Frühwarn- und Kontrollsystemen beim Prozeß der Verifizierung der Durchführung eines KSE-Vertrags und im Rahmen einer künftigen Vereinbarung über den „offenen Himmel" zu prüfen.

Tagesordnungspunkt:

Stellungnahme zu den Haushalten der WEU für die Haushaltsjahre 1989 (revidiert) und 1990

(Drucksache 1218)

Berichterstatter: Abg. Lord (Großbritannien)

Anhang

Zu dem Tagesordnungspunkt „Wien, die Abrüstung und die Westeuropäische Union" sprach Abg. **Meisel** (Beobachter DDR-Neues Forum):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist das erstemal, daß Vertreter der DDR in diesem Haus Beobachter sein können. Ich möchte meinen Dank zum Ausdruck bringen, daß das möglich ist. Es ist sehr informativ für uns, an dieser Tagung teilzunehmen und eine Menge von interessanten Anregungen und Gedanken den Beiträgen zu entnehmen, insbesondere aber den präzisen und fundierten Berichten, wofür der vorliegende ein gutes Beispiel ist.

Gestatten Sie mir, daß ich in diesem Zusammenhang einige grundsätzliche Bemerkungen zu dem mache, was uns im östlichen Teil Deutschlands im Zusammenhang mit der Abrüstung bewegt. Die Veränderungen, die sich im letzten Jahr im östlichen Teil Europas abgespielt haben, sind in der Tat ohne Beispiel und waren heute vor einem Jahr in diesem Umfang noch nicht vorherzusehen. Sie eröffnen eine Chance, daß der Prozeß für Stabilität und Entspannung in Europa in einem Tempo vor sich gehen kann, wie er vorher nicht abzusehen war. Daran liegt uns ganz besonders. Denn die Wende, die sich in meinem Land und in Osteuropa im vergangenen Zeitraum abgespielt hat,

war keineswegs der Sieg eines stark gebliebenen einen Teils Europas über den schwach gewordenen anderen, sondern war die direkte Folge und Frucht des Entspannungsprozesses. Solange die Angst auf beiden Seiten Sicherheit nur durch Stärke möglich sah, gab es auch eine Verhärtung nach innen. Der Demokratisierungsprozeß konnte erst vorankommen, nachdem diese Bürde aufgebrochen war und **neue Horizonte einer gemeinsamen Sicherheit aller europäischen Staaten** zu ersehen waren. Erst als Folge der Entspannung konnte also das in Bewegung kommen, was möglich gemacht hat, daß wir heute hier sind.

Dieser Prozeß, denke ich, sollte nun weitergehen, hin zu einem **gesamteuropäischen Sicherheitssystem,** in dem nicht gegen einige Teile Europas Sicherheit gesucht wird, sondern in dem das ganze Europa in eine gemeinsame Sicherheit einbezogen wird. Daß wir an diesem Punkt noch lange nicht sind, ist uns allen klar. Der vorliegende Bericht macht deutlich, wie mühsam die einzelnen Schritte sind, wie genau und sorgfältig die Verifizierung sein muß, damit es keine Ungleichgewichte auf dem Weg dahin gibt.

Es ist aber auch klar, daß es keinen Weg in die Zukunft Europas gibt, der an diesem gemeinsamen europäischen Sicherheitssystem vorbeigehen kann. Dieser Weg — das muß auch deutlich gesagt werden — ist immer noch sehr zerbrechlich. Er könnte verbaut werden, wenn die Falken auf der einen oder anderen Seite wieder Oberhand bekommen und es einen Rückfall in das Bemühen gibt, Sicherheit durch Stärke zu erreichen.

Ich kann den Ausführungen, die Herr Kollege Feldmann vorhin gemacht hat, in diesem Punkt nur aus vollem Herzen zustimmen. Uns liegt in Deutschland sehr daran, daß der Weg zur deutschen Einheit nicht dadurch verbaut wird, daß Ängste unserer östlichen Nachbarn geschürt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Bemerkung über die Voraussetzungen anbringen, die viele Redner in diesem Hause gemacht haben: es gäbe für die Bevölkerung der DDR kein innigeres Anliegen, als so schnell wie möglich Mitglied und Bestandteil der NATO zu werden. Soweit ich die Stimmung in unserem Lande sehe, ist das durchaus nicht so. 40 Jahre lang war unser Land gezwungen, Mitglied eines Sicherheitssystems zu sein, ohne eigentlich an dem Entscheidungsprozeß, ob es dort eingebunden sein wolle, beteiligt zu sein. Man kann daher verstehen, daß es in vielen Teilen der Bevölkerung große Vorbehalte gibt, nun — wiederum ungefragt — in ein Sicherheitssystem mit allen Konsequenzen hineingezogen zu werden, ohne an den Bedingungen und der Gestaltung dieser Mitgliedschaft irgendeinen Anteil zu haben. Auf der anderen Seite ist uns natürlich allen klar, daß es nicht mitten im Herzen Europas ein neutrales Sicherheitsloch geben kann. Es wird also ein Weg zu finden sein, der es der Bevölkerung der DDR möglich macht, frohen Herzens zuzustimmen, daß wir uns in eine Sicherheitsgemeinschaft begeben, die auf dem Weg zur gemeinsamen Sicherheit in Europa ist. Das **setzt** aber eben auch — das muß ganz deutlich gesagt werden — **Veränderungen in der bisherigen Strategie der NATO voraus.** Die NATO kann auf dem Wege zu gemeinsamer Sicherheit in Europa ganz sicher ein Meilenstein sein, eine Institution, in die wir unsere Kraft einbringen. Aber dann muß auch klar erkennbar sein, daß dieser Weg gegangen wird und daß kein Weg zurückführt. Insofern unterstützen wir die Bemühungen sehr, **daß** gleichzeitig der **KSZE-Prozeß** in irgendeiner Weise **weitergeführt und institutionalisiert wird.** Dabei muß man sicherlich nicht daran denken, daß neue Institutionen geschaffen werden, sondern es könnten sehr wohl vorhandene Institutionen wie die WEU oder die Parlamentarische Versammlung des Europarats dafür genutzt werden. Aber daß der Prozeß der Abrüstung und Entspannung in Europa deutlich weitergeht und daß der Weg zu einer Verminderung der Rüstung und auch der Rüstungslasten in Europa beschritten wird, das ist ein Anliegen, das viele Menschen in meinem Land sehr bewegt, weil sie nach einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs dringend die Kraft, die Mittel und die Hoffnung brauchen, die zu einem neuen friedlichen Weg in Europa führen, in dem noch soviel Rüstung wie nötig, aber soviel Zusammenarbeit wie möglich sind. — Ich danke Ihnen.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333